



Stadtratssitzung

Donnerstag, 23. Mai 2019, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Protokollgenehmigung Stadtrat 2019 (Protokoll Nr. 06 vom 21.03.2019)	2019.SR.000045
2. Protokollgenehmigung Stadtrat 2019 (Protokoll Nr. 07 vom 28.03.2019)	2019.SR.000045
3. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, GB): Transparenz am E-Prix? (SUE: Reto Nause)	2019.SR.000141
4. Kleine Anfrage Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Wie beeinflussen – oder auch nicht – globale Megatrends die Auswahl der Anlagefonds und somit die Rendite der Personalvorsorgekasse? (FPI: Michael Aebersold)	2019.SR.000142
5. Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Transparenz-Rückschritt beim ewb Finanzbericht 2018 (SUE: Reto Nause)	2019.SR.000143
6. Kleine Anfrage Zora Schneider (PdA): Wie geht es weiter mit der Frauenklinik? (PRD: Alec von Graffenried)	2019.SR.000144
7. Interpellation Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP): Stellenwachstum nachvollziehen (FPI: Michael Aebersold) <i>verschoben vom 21.03.2019</i>	2018.SR.000217
8. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2020-2023 (FPI: Michael Aebersold / FD: Bettina Stüssi)	2018.FPI.000042
9. Dringliche Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP): Nicht Einhaltung von Verfügungen des Regierungsstatthalters durch die Reitschule. Verstösse gegen das GGG (SUE: Reto Nause)	2019.SR.000095
10. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GaP): Wie gedenkt der Gemeinderat die städtebauliche Qualität bei der Neugestaltung des Bubenbergsplatzes sicherzustellen? (TVS: Ursula Wyss)	2019.SR.000094
11. Motion Fraktion SP (Peter Marbet/Michael Sutter): Weyermannshaus: Mehr Qualität im Aussenraum I – Schaffen eines Quartierzentrums; Annahme (PRD: Alec von Graffenried) <i>verschoben vom 21.03.2019</i>	2016.SR.000169
12. Motion Fraktion SP (Peter Marbet/Michael Sutter, SP): Weyermannshaus: Mehr Qualität im Aussenraum II – Schaffen des Grünraums Stadtbach; Annahme (PRD: Alec von Graffenried) <i>verschoben vom 21.03.2019</i>	2016.SR.000170
13. Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO (Nora Krummen/Ingrid Kissling-Näf/Benno Frauchiger, SP): CO2-Neutralität bis 2030 (SUE: Reto Nause)	2019.SR.000092
14. Dringliche Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL): Klimamassnahmen prioritär umsetzen (SUE: Reto Nause)	2019.SR.000093

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 12	583
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	585
Traktandenliste.....	586
1 Protokollgenehmigung Stadtrat 2019 (Protokoll Nr. 06 vom 21.03.2019)	586
2 Protokollgenehmigung Stadtrat 2019 (Protokoll Nr. 07 vom 28.03.2019)	586
3 Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, GB): Transparenz am E-Prix?.....	586
4 Kleine Anfrage Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Wie beeinflussen – oder auch nicht – globale Megatrends die Auswahl der Anlagefonds und somit die Rendite der Personalvorsorgekasse?.....	587
5 Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Transparenz-Rückschritt beim ewb Finanzbericht 2018	587
6 Kleine Anfrage Zora Schneider (PdA): Wie geht es weiter mit der Frauenklinik?	587
7 Interpellation Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP): Stellenwachstum nachvollziehen.....	588
8 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023	588
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.05 Uhr	609
Mitteilungen des Vorsitzenden.....	610
Traktandenliste.....	610
8 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023.....	610
9 Dringliche Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP): Nicht Einhaltung von Verfügungen des Regierungstatthalters durch die Reitschule. Verstösse gegen das GGG	628
10 Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GaP): Wie gedenkt der Gemeinderat die städtebauliche Qualität bei der Neugestaltung des Bubenberglplatzes sicherzustellen?.....	628
11 Motion Fraktion SP (Peter Marbet/Michael Sutter): Weyermannshaus: Mehr Qualität im Aussenraum I - Schaffen eines Quartierzentrums.....	629
12 Motion Fraktion SP (Peter Marbet/Michael Sutter, SP): Weyermannshaus: Mehr Qualität im Aussenraum II – Schaffen des Grünraums Stadtbach.....	630
Traktandenliste.....	630
Eingänge.....	631

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Philip Kohli

Anwesend

Devrim Abbasoglu-Akturan	Katharina Gallizzi	Roger Mischler
Timur Akçasayar	Lionel Gaudy	Patrizia Mordini
Katharina Altas	Thomas Glauser	Barbara Nyffeler
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Seraina Patzen
Peter Ammann	Franziska Grossenbacher	Tabea Rai
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Rahel Ruch
Oliver Berger	Bernadette Häfliger	Marianne Schild
Thomas Berger	Erich Hess	Leena Schmitter
Henri-Charles Beuchat	Brigitte Hilty Haller	Zora Schneider
Lea Bill	Ueli Jaisli	Edith Siegenthaler
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Lena Sorg
Gabriela Blatter	Irène Jordi	Matthias Stürmer
Regula Bühlmann	Nadja Kehrli-Feldmann	Bettina Stüssi
Dolores Dana	Ingrid Kissling-Näf	Michael Sutter
Michael Daphinoff	Fuat Köçer	Luzius Theiler
Milena Daphinoff	Eva Krattiger	Regula Tschanz
Joëlle de Sépibus	Martin Krebs	Ayse Turgul
Claudine Esseiva	Marieke Kruit	Johannes Wartenweiler
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Janosch Weyermann
Angela Falk	Peter Marbet	Manuel C. Widmer
Alexander Feuz	Melanie Mettler	Patrik Wyss
Benno Frauchiger	Szabolcs Mihalyi	Patrick Zillig
Barbara Freiburghaus		

Entschuldigt

Mohamed Abdirahim	Hans Ulrich Gränicher	Anna Schmassmann
Michael Burkard	Dannie Jost	Christophe Weder
Yasemin Cevik	Nora Krummen	Lisa Witzig
Bernhard Eicher	Kurt Rüeegsegger	Marcel Wüthrich

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
----------------	-----------------------	------------------------

Entschuldigt

Alec von Graffenried PRD	Ursula Wyss TVS
--------------------------	-----------------

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber Ratsweibel
Annemarie Masswadeh, Proto-	Cornelia Stücker, Sekretariat
koll	

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Traktandenliste

1. Die Traktanden 11 und 12 werden gemeinsam behandelt.
2. Die Traktanden 13 und 14 werden auf die Sitzung vom 6. Juni 2019 verschoben.

Antrag Fraktion SVP

Diskussion zu aktuellem Thema gemäss Art. 49 GRSR.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Uns interessiert die Meinung des Gemeinderats und was er zu tun gedenkt. Für uns ist das eine unmögliche Situation, wir haben den Eindruck, die Stadt befinde sich in der Geiselhaft einer kriminellen Gruppe. Und man darf kaum daran denken, welche Risiken bestanden, insbesondere auch für die Besucher der Reithalle. Nicht nur die Polizei wurde behindert, sondern selbst die Notfalldienste der Feuerwehr wurden behindert, und wenn dieser Brand übergegriffen hätte, wäre es zu einer Grosskatastrophe gekommen. Wir wollen wissen, was für Konsequenzen der Gemeinderat aus diesen schwerwiegenden Ereignissen ziehen will. Bei einem solchen Ereignis, bei einer derartigen Brutalität, unter Einsatz von Laserpointern gegen die Augen, sind wir es der Jugend und der Bevölkerung schuldig, dass nicht nur die Medien, sondern wir und auch alle anderen hören, was der Gemeinderat zu unternehmen gedenkt, darum bitte ich um Unterstützung unseres Antrags. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Ratsmehrheit keine Diskussion möchte. In dem Fall müssten wir einmal mehr sagen, dass die Polizei im Regen stehengelassen wird.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag SVP ab (10 Ja, 38 Nein). *Abst.Nr. 006*

2019.SR.000045

1 Protokollgenehmigung Stadtrat 2019 (Protokoll Nr. 06 vom 21.03.2019)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 06 vom 21.03.2019.

2019.SR.000045

2 Protokollgenehmigung Stadtrat 2019 (Protokoll Nr. 07 vom 28.03.2019)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 07 vom 28.03.2019.

2019.SR.000141

3 Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, GB): Transparenz am E-Prix?

Rahel Ruch, GB: Die Antwort des Gemeinderats zeigt einmal mehr eine Art Vogel-Strauss-Politik auf. Man erhält den Eindruck, dass der Gemeinderat umso weniger informieren will, je

mehr Kritik es gibt am E-Prix – nicht nur von Parteien oder von der Zivilgesellschaft, sondern auch von Nachhaltigkeitsexpertinnen und -experten und von Tourismusexpertinnen und -experten. Die einzige Möglichkeit, um an Informationen zu kommen, ist via Öffentlichkeitsprinzip, und das finden wir sehr schade. Wir werden am Thema dranbleiben.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2019.SR.000142

- 4 Kleine Anfrage Fraktion GFL/EVP (Marcel Wüthrich, GFL): Wie beeinflussen – oder auch nicht – globale Megatrends die Auswahl der Anlagefonds und somit die Rendite der Personalvorsorgekasse?**

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2019.SR.000143

- 5 Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Transparenz-Rückschritt beim ewb Finanzbericht 2018**

Matthias Stürmer (EVP): Es geht um Transparenz bei ewb in Zusammenhang mit der Glasfaser-Problematik. ewb versucht immer mehr, diesen Riesenverlust von mehr als 10 Mio. Franken pro Jahr zu kaschieren, und das finde ich sehr fragwürdig. Und ich habe mich genervt über die Antwort des Gemeinderats, die sehr formalistisch ausfällt. Der Gemeinderat stiehlt sich da aus der Verantwortung und ewb sagt, sie machten formal alles korrekt, aber in der Antwort auf Frage 2 steht, der Verlust sei um weitere 10 Mio. Franken gestiegen, und da sehe ich den Stadtrat schon in der Pflicht, genau hinzuschauen, wie die Sache mit diesen Glasfaserinvestitionen immer mehr ins Bodenlose fällt.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2019.SR.000144

- 6 Kleine Anfrage Zora Schneider (PdA): Wie geht es weiter mit der Frauenklinik?**

Zora Schneider (PdA): Ich bin mittelmässig zufrieden, weil viele meiner Fragen leider nicht wirklich beantwortet wurden. Und: Man könnte ja mal fragen, denn das Gebäude der Frauenklinik steht inzwischen ein Weilchen leer, und das ist kein Zustand, den ich als sehr gut erachte.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2018.SR.000217

7 Interpellation Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Lionel Gaudy, BDP): Stellenwachstum nachvollziehen

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Interpellant *Michael Daphinoff* (CVP): Die Antwort des Gemeinderats auf diese Interpellation ist für uns ein verbaler Stinkefinger. Es ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten, wie er sich um die Kontrollaufgabe foutiert, die eine Legislative hat, darum, dass die Legislative ein Anrecht darauf hat, Informationen zu erhalten, damit sie die Exekutive kontrollieren kann und damit sie auch ausserhalb der Kommissionen nachvollziehen kann, was gelaufen ist. Wir finden es befremdlich, dass der Gemeinderat in letzter Zeit auf kleine Anfragen und zu Interpellationen sehr lapidare und launische Antworten gibt oder, wie im Fall hier, sogar ganz auf Antworten verzichtet. Er sagt einfach, er habe keine Ahnung und man solle doch selber schauen gehen, und überhaupt... Wir werden in dem Fall halt einzelne kleine Anfragen oder Interpellationen einreichen, um trotzdem an die Antworten heranzukommen und das Stellenwachstum im Detail nachvollziehen zu können. Wir finden, das ist ein absolutes No-go, und wir ermahnen den Gemeinderat, seine Aufgabe in Zukunft etwas ernster zu nehmen, und vor allem auch, das Parlament wieder ernster zu nehmen. Aus diesen Antworten spricht ein mangelnder Respekt gegenüber kleinen Anfragen und gegenüber Interpellationen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion BDP/CVP ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2018.FPI.000042

8 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023.

Bern, 20. März 2019

Grundsatzdebatte

Referentin Finanzdelegation *Bettina Stüssi* (SP): Der Aufgaben- und Finanzplan IAFP dient als politische Steuerung und ist ein Führungsinstrument. Er gibt einen Überblick über die mutmasslichen Entwicklungen der kommenden vier Jahre, und er ist eine rollende Planung. Das Planjahr 1 bildet jeweils die Grundlage für das Produktgruppenbudget PGB des Folgejahrs, und die Planjahre 2 bis 4 haben einen indikativen Charakter. Ebenfalls wird im IAFP die mittelfristige Investitionsplanung MIP sehr detailliert abgebildet. Das heisst, im IAFP werden alle bekannten und erwarteten Entwicklungen dargestellt, wir sehen sehr detailliert, mit welchen Werten und vor allem auch mit welchen Beträgen die Planung gemacht wird. Der Gemeinderat orientiert sich an acht finanzpolitischen Grundsätzen. Grundsatz 2 beispielsweise besagt, dass die Lebensqualität in der Stadt gefördert werden soll, damit mehr Leute in die Stadt wohnen kommen, wodurch wiederum mehr Steuereinnahmen generiert werden. Und Grundsatz 3, ein wichtiger Grundsatz, besagt, dass ein 100-prozentiger Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen im Verwaltungsvermögen durch den Cash-Flow innerhalb von acht Jahren angestrebt werden soll. Ein weiterer Grundsatz ist, und das war einmal eine Planungser-

klärung, dass der Bruttoverschuldungsanteil in allen Planjahren 140 Prozent nicht übersteigen darf. Auf der anderen Seite gilt auch der Grundsatz, dass kein Investitions- und Unterhaltsnachholbedarf bei Immobilien, Maschinen und Fahrzeugen sowie im Informatik- und Telecombereich entstehen darf.

Die kommenden vier Jahre werden, wie schon vor einigen Jahren angekündigt, durch ein grosses Investitionsvolumen geprägt sein. Die Stadt wächst, und sie hat immer noch einen Sanierungsrückstand aufzuholen, das heisst, die Stadt braucht Neubauten und es müssen jetzt aber auch viele Sanierungen in Angriff genommen werden. Bis 1999 hatte die Stadt Schulden bis zu 1.7 Mia. Franken und einen Bilanzfehlbetrag von 371 Mio. Franken. Ab 2000, mit der linksgrünen Regierung, hat die Stadt dann damit angefangen, ihre Finanzen zu sanieren. Das ist gelungen, dank verschiedenen Haushaltsverbesserungspaketen, an die Sie sich sicher noch zu erinnern mögen, aber auch dadurch, dass man mehr Wohnqualität geschaffen hat, womit mehr Leute in die Stadt gezogen sind, was mehr Steuereinnahmen bedeutet. Was man aber auch gemacht hat: Man hat nicht mehr investiert, und dies hat zum erwähnten Sanierungsrückstand bei der Infrastruktur und vor allem bei den Hochbauten geführt. Die Stadt wächst immer noch, aber die nötigen Bauten wie auch die anstehenden Sanierungen kann die Stadt nur teilweise selber finanzieren. Der vorliegende IAFP hat im ersten Planjahr einen Überschuss von um die 14 Mio. Franken, und auch im zweiten Planjahr wird noch ein Gewinn ausgewiesen, angestrebt werden jedoch in Zukunft Budgets mit einem Überschuss von rund 20 Mio. Franken. So könnte der Maximalwert von 140 Prozent Bruttoverschuldungsanteil eingehalten werden, auch bei hohen Investitionen. Die Überschüsse der vergangenen Jahre verdanken wir den stetig leicht steigenden Steuererträgen. Auch die kommenden vier Jahre rechnen wir mit etwas mehr Steuererträgen, weil man von einem durchschnittlichen Wachstum von 2.5 Prozent ausgeht, also einer Zunahme der Steuerzahlenden und einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Ebenfalls rechnet man mit einem zusätzlichen Ertrag durch die Auswirkungen der allgemeinen Neubewertung der Liegenschaften. Und man geht im IAFP auch von einer Annahme der STAF am 19. Mai dieses Jahres aus, was ja inzwischen eingetroffen ist. Man rechnet damit, dass die Mindererlöse 2020 noch mit erwarteten hohen Einzelfällen kompensiert werden können, aber ab 2021 dürften sie sich mit 18.8 Mio. Franken negativ auf das Ergebnis auswirken, trotz angekündigter Kompensationszahlungen durch den Kanton.

In der MIP sind 2020 bis 2027 insgesamt 1.7 Mia. Franken an Investitionen vorgesehen, das heisst 211 Mio. Franken pro Jahr. Rund 1.1 Mia. Franken oder 64 Prozent betreffen den Hochbau. Davon sind 854 Mio. Franken für Schulbauten und 354 Mio. Franken für Sport- und Freizeitanlagen. Die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen immer noch um ca. 3 Prozent, und der nötige Schulraum muss rechtzeitig zur Verfügung stehen, diese Investitionen sind also zwingend. Aber auch gewisse Sanierungen beispielsweise von Sportanlagen müssen jetzt gemacht werden, wenn man sie weiterhin betreiben will. Einen Kostenzuwachs haben wir auch bei den Transferaufwänden, aber auch die Transfererträge nehmen zu. Die Nettozunahme beträgt 32 Mio. Franken. Beim Stellenausbau geht es diesmal um rund 20 Stellen.

Ein Finanzplan über vier Jahre wird wie erwähnt aufgrund gewisser Grundsätze und Erfahrungswerte, aber auch mit gewissen Annahmen errechnet, und dies birgt natürlich Chancen, aber auch Risiken. Ein grosses Risiko besteht in der Neubewertung der Liegenschaften, dazu ist noch ein Bundesgerichtsurteil ausstehend. Der worst Case wäre, wenn man keinen Entscheid des Gerichts hätte. Dies würde im schlimmsten Fall bedeuten, dass man statt der budgetierten Gewinne mit einem Verlust von 12 Mio. Franken rechnen müsste. Aber der genau gleiche Fall bietet natürlich auf der anderen Seite auch eine Chance, nämlich wenn das Bundesgericht im Sinn der Stadt entscheidet und die amtliche Neubewertung der Liegenschaften 77 Prozent sein wird. Ein anderes Risiko ist die Entwicklung des Steuerertrags. Man weiss zum Beispiel nicht, wie sich die Steuervorlage 2017 des Bundes in der kantonalen Gesetzge-

bung auswirkt. Andere Risiken oder Unsicherheiten gibt es beim FILAG, bei den Schuldzinsen und beim Sauberkeitsrapen – es könnte sein, dass er nicht realisiert wird. Es ist aber auch möglich, dass sich gewisse Sachen positiver entwickeln als erwartet. Zum Beispiel wird der Verschuldungsanstieg kleiner als angenommen, wenn die Zinsen auf ihrem aktuell tiefen Niveau bleiben. Oder der Energiemarkt könnte sich so entwickeln, dass ewb einen grösseren Gewinn ausschüttet als das Minimum von 16.8 Mio. Franken.

Bevor ich zu den einzelnen Planungserklärungen komme – den vorderen, nicht den eingereichten –, möchte ich noch festhalten, was der grosse Unterschied ist zum IAFP des vergangenen Jahres. Ich habe vorhin gesagt, in den kommenden sieben Jahren hätte man eigentlich einen Investitionsbedarf von 1.7 Mia. Franken oder 211 Mio. Franken pro Jahr. Jetzt hat ja die Planungserklärung 3 zum Ziel, den Selbstfinanzierungsgrad zu erhöhen und 100 Prozent anzustreben. Der Selbstfinanzierungsgrad ist die Selbstfinanzierung im Verhältnis zu den Nettoinvestitionen. Diesen Grad könnte man erhöhen, indem das Ergebnis der Erfolgsrechnung verbessert wird, das heisst, durch einen Ertragsüberschuss dank Konsumverzicht. Oder man könnte das Investitionsvolumen verkleinern. Aber wie Sie gehört haben, ist es aus Sicht der Stadt im Moment nicht möglich, das Investitionsvolumen derart stark zu senken, denken Sie an den Schulraum oder an Eis und Wasser. Also ist es natürlich so, dass man den Konsum im Griff haben will. Zum Investitionsvolumen hat der Gemeinderat gesagt, das beschränke man in den kommenden vier Jahren auf 130 Mio. Franken pro Jahr. Von diesen 130 Mio. Franken kann die Stadt 80 Millionen selber finanzieren; und damit wir nicht, wie in den vorderen Jahren geplant war, eine Neuverschuldung von jährlich 50 Mio. Franken haben, sondern eine von nur 30 Mio. Franken, werden die kommenden Budgets mit 15 bis 20 Mio. Franken Überschuss geplant. Eine Neuverschuldung von 30 Mio. Franken ist natürlich ein gewisser Richtungswechsel verglichen mit den vergangenen Jahren. Wir haben auch noch die Planungserklärung 1, die Übersicht über die Spezialfinanzierungen Eis und Wasser und für Schulbauten, das finden Sie in der Tabelle 5 auf Seite 54, diese Planungserklärung ist erfüllt. Die Planungserklärung 2 zum geplanten Stellenwachstum ist ebenfalls erfüllt, die Liste neue Aufgaben und Leistungsausbau, Seite 61 bis 64, mit den Zuordnungen der Zahlen 1 bis 5. Die Planungserklärung 3 sind Massnahmen zu diesem Ziel, einen 100-prozentigen Selbstfinanzierungsgrad anzustreben. Wie Sie eben gehört haben, hat man das sehr ernst genommen, diese Massnahmen werden eingeleitet und das werden wir in den kommenden Budgets prüfen können. Auch die Planungserklärung 4, wonach der Bruttoverschuldungsanteil in keinem Planjahr 140 Prozent übersteigen soll, ist erfüllt, das steht inzwischen bereits in den Grundsätzen des Gemeinderats im IAFP. Die Planungserklärung 5, die Stellen bei Pinto nur um 50 Prozent aufzustoßen, wurde nicht erfüllt. Die Begründung dafür ist, dass man einen grossen Anstieg an Beschwerden hat, vor allem wegen Lärmbelästigungen, und dass Pinto mehr Ressourcen braucht, um auf diese Entwicklungen reagieren zu können. Die Finanzdelegation FinDel hat keine neuen Planungserklärungen angenommen, alle SBK-Anträge bleiben SBK-Anträge und werden von der Kommission begründet. Die FinDel empfiehlt Ihnen den IAFP positiv zur Kenntnis zu nehmen. Das Verhältnis war 5 positive Kenntnisnahmen, 2 ablehnende und eine ohne Wertung.

<i>Nr.</i>	<i>Einreichende</i>	<i>Seite</i>	<i>Dienststelle/Produkt</i>	<i>Planungserklärung</i>
1.	FSU Min-derheit	-	Allgemeiner Teil des IAFP 2020 - 2023	Den Gemeinderat beim Wort nehmen: Im IAFP und im Budget sind Ertragsüberschüsse von jährlich mindestens 20 Millionen Franken einzuplanen. Der Gemeinderat wird aufgefordert, mittels entsprechend moderater Ausga-

Nr.	Einreichende	Seite	Dienststelle/Produkt	Planungserklärung
				benentwicklung für die kommenden Planjahre des IAFP jeweils einen Ertragsüberschuss von mindestens 20 Millionen Franken einzuplanen.
2.	FSU Min-derheit	-	Allgemeiner Teil des IAFP 2020 - 2023	Potenzial der modularen Bauweise prüfen Der Gemeinderat wird eingeladen, im Rahmen der mittelfristigen Investitionsplanung (MIP) des IAFP 2020–2023 das Potenzial der modularen Bauweise zur Adressierung des Investitionsbedarfs namentlich im Schul- und Vorschulbereich zu prüfen.
3.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	11	Direktionsübergreifend / Finanzpolitische Grundsätze	Der Gemeinderat soll im Vorbericht des IAFP zu seinen finanzpolitischen Grundsätzen in einer Stellungnahme aufzeigen, welche Grundsätze er mit dem aktuellen IAFP nicht einhält und wie er gedenkt, diese zukünftig zu erfüllen.
4.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	11	Direktionsübergreifend / Finanzpolitische Grundsätze	Der Gemeinderat orientiert sich am finanzpolitischen Grundsatz, wonach der Bruttoverschuldungsanteil in allen Planungsjahren des IAFP nicht über 100% steigen darf (exklusive Anleihen für Sonderrechnungen und Anstalten).
5.	SVP, FDP/jf, BDP/CVP	13	Direktionsübergreifender Antrag	Die Steueranlage für die Stadt Bern wird ab Steuerjahr 2021 vom geltenden Steuersatz von 1,54 fachen auf 1,47 gesenkt unter Vorlage einer entsprechenden Verzichtsplanung.
6.	SVP, FDP/jf, BDP/CVP	13	Direktionsübergreifender Antrag	Eventualantrag Die Steueranlage für die Stadt Bern wird ab Steuerjahr 2021 vom geltenden Steuersatz von 1,54 fachen auf 1,49 gesenkt unter Vorlage einer entsprechenden Verzichtsplanung.
7.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	14	Direktionsübergreifend / Fiskalertrag	Die zusätzlichen Einnahmen aus der Grundstücksgewinnsteuer sollen als moderate Steuersenkung zugunsten der natürlichen Personen der Stadt Bern eingesetzt werden.
8.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	14	Direktionsübergreifend / Fiskalertrag	Die zukünftigen Steuereinnahmen ab PJ 2021 sollen maximal mit einem Wachstum von +1% berücksichtigt werden.
9.	FDP/jf, SVP,	14	Direktionsübergreifend /	Der Gemeinderat soll aufzeigen, mit

Nr.	Einreichende	Seite	Dienststelle/Produkt	Planungserklärung
	BDP/CVP		Investitionsplanung	welcher Priorisierung die Investitionen in den nächsten Jahren vorangetrieben werden. In der Investitionsplanung wird grafisch aufgezeigt, welche Investitionen bereits beschlossen sind und welche der Gemeinderat in den kommenden Planjahren priorisieren möchte.
10.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	-	Direktionsübergreifend	Das Stellenwachstum in den Direktionen, das über dem Bevölkerungswachstum liegt, ist innerhalb der jeweiligen Direktion zu kompensieren, wenn es: 1. nicht lastenausgleichs-berechtigt ist 2. nicht drittfinanziert ist 3. nicht durch den Vollzug von übergeordnetem Recht erzwungen ist.
11.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	-	Direktionsübergreifend / Investitionsplanung	Der Gemeinderat soll genügend Mittel für die Realisierung eines neuen Carterminals im Neufeld einstellen und dem Stadtrat zeitnah einen Projektierungskredit für einen Carterminal im Neufeld unterbreiten.
12.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	-	Direktionsübergreifend	Nicht zuletzt um dem rasanten Stellenwachstum entgegenzuwirken, soll der Gemeinderat eine Änderung des Personalreglements ausarbeiten, das neu verpflichtend eine 42h-Woche für die Angestellten der Stadt Bern vorsieht. Die neue Arbeitszeit ist sodann vom Gemeinderat bei der Stellenplanung bei künftigen IAFP mit zu berücksichtigen.
13.	SVP, FDP/jf	25 ff.	Allgemeiner Antrag	Auf die geplante Einführung des Sauberkeitsrappens sei zu verzichten (S.25) und die Einstellung von Fr. 3 Mio. sei zu streichen.
14.	SVP, FDP/jf	25 ff.	Allgemeiner Antrag	Eventualantrag zu Nr. 13: Der Sauberkeitsrappen sei höchstens als „Chance“ für mögliche Zusatzeinnahmen im Kapitel 5.4 Chancen und Risiken erwähnt werden, aber sicher nicht als fixer Bestandteil der Erträge der PG510300.
15.	SVP, FDP/jf	28	Direktionsübergreifender Antrag	Die Investitionen seien zu priorisieren; dabei sei auch eine begründete Verzichtplanung für die Budgets der kommenden Jahre vorzunehmen.

Matthias Stürmer (EVP) zu den Planungserklärungen 1 und 2: Beim ersten Minderheitsantrag der FSU geht es darum, dass wir möchten, dass jährlich ein Ertragsüberschuss von 20 Mio.

Franken eingeplant wird. Und zweitens soll auch das Potenzial der modularen Bauweise geprüft werden. Die Begründungen liegen Ihnen in den schriftlichen Unterlagen detailliert vor.

Alexander Feuz (SVP) zu den Planungserklärungen 5, 6, 13, 14 und 15: Wir haben eigene Anträge, aber auch solche, die wir mit anderen einreichen. Grundsätzlich, ich komme im Fraktionsvotum darauf zurück, unterstützen wir alle Kürzungen, mit einigen Ausnahmen, und wir lehnen alle Erhöhungen ab, ebenfalls mit einigen Ausnahmen. Zum Antrag 5: Wir wollen, dass die Steueranlage der Stadt Bern auf das Steuerjahr 2021 von 1,54 auf 1.47 gesenkt wird. Wir sind der Meinung, die überbordende Ausgabenpolitik insbesondere bei Verkehr, Personal und Kultur zeige, dass ein erheblicher Kürzungsbedarf besteht, Wir hatten 2016 bis 2018 immer deutliche Überschüsse, aber man hat immer gejammert, man könne diese Kürzungen nie vornehmen, dabei wären die Mittel vorhanden gewesen. Wir finden, diese Senkung sei möglich, stellen aber auch noch einen Eventualantrag, um der Mitte ein wenig entgegenzukommen, mit einer Senkung auf 1.49. Die Voraussetzungen für eine Senkung sind klar gegeben, weil man eine Politik betreiben sollte, mit der man nicht immer nur Geld ausgibt, einfach weil man es hat. Vielmehr muss man wieder darauf zurückkommen, was wirklich nötig ist und was wünschbar, und dann die notwendigen Konsequenzen ziehen. Mit Antrag 13 verlangen wir, auf die geplante Einführung des Sauberkeitsrappens zu verzichten und die Einstellung von 3 Mio. Franken zu streichen. Sie wissen, dass in den kommenden Tagen die Vernehmlassung zum Sauberkeitsrappen ausläuft. Wir haben uns ganz klar dagegen ausgesprochen, das ist eine rein fiskalistische Massnahme, sie hat zudem keine Lenkungswirkung und trifft die falschen. Die Tatsache, dass man das als grosse Chance in den IAFP aufgenommen hat, zeigt, dass es so nicht geht. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts ist das nicht zulässig, darum unser Antrag auf Streichung. Und wenn schon, sollte man es höchstens als Chance erwähnen, aber sicher nicht als Bestandteil der Erträge. Denken Sie daran, eine Lenkungsabgabe sollte auch eine Lenkungswirkung haben, und wenn die wirksam wäre, würde sie zu einer Reduktion führen. Ein sehr wichtiger Antrag ist die Nummer 15, der von FDP/JF unterstützt wird. Er verlangt, dass die Investitionen priorisiert werden. Es geht hier um den IAFP, und wir meinen, dass man gerade in einem strategischen Bericht klar sagen muss, welche Ausgaben man jetzt tätigen muss, welche allenfalls später. Unsere Planungserklärung verlangt auch eine begründete Verzichtsplanung für die Budgets der kommenden Jahre. – In der schriftlichen Begründung ist ein Tippfehler, das muss natürlich im Plural sein, wir reden hier vom IAFP und nicht vom Budget. Also: Welche Ausgaben muss man zwingend tätigen, was wären die Konsequenzen, wenn wir ein bestimmtes Vorhaben zurückstellen würden? Wäre die Folge allenfalls, dass es wesentlich teurer wird, wenn man etwas aufschiebt? In einem strategischen Führungsgrundsatz, und gerade im IAFP, gehört doch eine Priorisierung dazu. Das sind Sachen, die man nicht von links oder rechts anschauen kann. In der FinDel waren alle Behörden-Vertreter der Meinung, dass es wichtig wäre, eine Priorisierung vorzunehmen. Derartige Überlegungen muss der Finanzchef eines jeden Betriebs anstellen, und wir hoffen, dass bei diesem Antrag auch die Linke mitmachen kann.

Michael Daphinoff (CVP) zu den Planungserklärungen 10 bis 12: Die Planungserklärung 10 kommt Ihnen wahrscheinlich bekannt vor, wir haben sie genau gleich aufgenommen, wie sie schon einmal überwiesen wurde: Das Stellenwachstum soll an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden; was darüber liegt, ist innerhalb der Direktionen zu kompensieren. Wir bringen die Forderung erneut, erstens, weil wir sie sinnvoll finden, zweitens, weil sie überwiesen wurde, und drittens, weil sich der Gemeinderat um den Mehrheitswillen des Parlaments focht und sie im vergangenen Jahr hat abschreiben lassen. Wir stellen fest, dass das Bevölkerungswachstum im Jahr 2018 statistisch ausgedrückt 0.0 Prozent beträgt, dass aber netto 20 neue Stellen geschaffen werden. Das ist völlig überrissen und es ist nicht einsichtig,

warum man diesen 20 Stellen tel quel zustimmen sollte. Zur Planungserklärung 11: Ein Thema, das im Gemeinderat oder im Stadtrat immer wieder herumgeistert, ist die Realisierung eines neuen Car-Terminals im Neufeld oder doch eine Aufwertung des bestehenden Terminals. Aber dann schiebt es der Gemeinderat jeweils wieder auf die lange Bank und es tut sich rein gar nichts, man wartet auf einen privaten Investor. Wenn der Gemeinderat und der Stadtrat finden, etwas müsse unbedingt gemacht werden, werden sofort Mittel lockergemacht, aber wenn man findet, das solle doch bitte ein Privater richten, warum man denn da Geld in die Hand nehmen sollte, wartet man ab bis zum Sankt-Nimmerleinstag. Wir fordern den Gemeinderat mit unserer Planungserklärung auf, einen Projektierungskredit zu unterbreiten. Zu Planungserklärung 12, für die 42-Stunden-Woche, wird der grosse Aufschrei kommen: Tabuthema! Grosse Provokation! Es könnte vermutlich die eine oder andere Stelle eingespart respektive müsste gar nicht erst geschaffen werden, wenn die Stadtverwaltung wie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung 42 Stunden pro Woche arbeiten würde statt nur 40. Die städtischen Angestellten sind gut gehalten: Die Leistungen wurden laufend ausgebaut, und die Löhne sind gut im Vergleich zur Privatwirtschaft. Für die Berufspolitikerinnen und -politiker aus dem linken Lager ist es selbstverständlich völlig uneinsichtig, warum man da etwas ändern sollte, aber für die Leute auf der Strasse ist nicht einsichtig, warum sie 42 Stunden arbeiten sollen, nicht aber die städtischen Angestellten, und warum jährlich Steuergelder aufgewendet werden für ein unverhältnismässiges Stellenwachstum und ein galoppierendes Ausgabenwachstum.

Vivianne Esseiva (FDP) zu den Planungserklärungen 3, 4, 7, 8 und 9: Uns ist sehr wichtig, dass sich der Gemeinderat Grundsätze gibt und diese im Vorbericht festhält, nur missachtet er sie anschliessend in seinen Planungen. Mit der Planungserklärung 3 möchten wir erreichen, dass er auf knappe Weise und in einer Art Gesamtbild aufzeigt, wo er seine gesetzten Ziele im IAFP nicht einhalten kann. Das soll mehr Transparenz schaffen, auch für uns im Stadtrat, und aufzeigen, wo allenfalls künftig Risiken lauern könnten. Bei der Planungserklärung 4 geht es um einen spezifischen Grundsatz, um die Bruttoverschuldung. Der Gemeinderat hat das Ziel, eine Bruttoverschuldung von 140 Mio. Franken im allgemeinen Haushalt nicht zu überschreiten. Eine Bruttoverschuldung bis 100 Millionen wird als gut eingeschätzt, zwischen 100 und 150 sind in Ordnung, und über 150 ist ungünstig. Mit 140 Millionen sind schon sehr nahe an „ungünstig“, und wir wünschten uns, dass ein Ziel festgelegt würde, das näher bei gut als bei ungünstig liegt. Mit der Planungserklärung 7 möchten wir, dass die zusätzlichen Einnahmen, die mit der Grundstückgewinnsteuer anfallen, als moderate Steuersenkung an alle Steuerzahler in der Stadt Bern zurückgegeben werden. Wir hatten in den vergangenen Jahren immer sehr gute Steuereinnahmen, aber es gibt keine Garantie dafür, dass es in den kommenden Jahren so weitergeht, und darum verlangen wir mit unserer Planungserklärung 8, dass der Gemeinderat realistisch plant und ab Planjahr 2021 nur noch mit einem Wachstum von einem Prozent rechnet. Zu Planungserklärung 9: Die Investitionsplanung, die hinter dem IAFP liegt, wird oft zu wenig beachtet. Auch ich, die ich eigentlich sehr gern Zahlen habe, schenke ihr jeweils zu wenig Beachtung, weil sie nicht gerade angenehm zu lesen ist. Mit unserer Planungserklärung möchten wir dazu beitragen, dass sie übersichtlicher wird. Sie soll lesbarer werden, die Zahlen sollen so visualisiert werden, dass wir als Milizparlament besser sehen, was alles auf uns zukommt. Es ist klar, dass sehr viele Investitionen anstehen, und ich könne das auch alles selber zusammenrechnen, denn man sieht ja an den Zahlen, welche bereits absegnet und welche in Planung sind. Aber statt dass wir alle das selber zusammenzählen, möchten wir, dass wir das besser und eben visualisiert vorgelegt erhalten. Wir möchten der Kreativität der Verwaltung aber nicht vorschreiben, wie genau sie das grafisch aufbereitet. Ich hoffe sehr, dass diese Planungserklärung eine Mehrheit findet, auch wenn sie von uns kommt.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Unsere Fraktion lehnt diesen IAFP ganz klar ab. Man könnte sagen, er sehe etwas besser aus der des vergangenen Jahres, der Gemeinderat habe aus dem letzten Jahr etwas gelernt, aber das ist nur sehr bedingt der Fall, angesichts der Kriterien, nach welchen investiert werden soll, und so, wie man den Antrag der bürgerlichen Seite zum Bodenfonds abgeschmettert hat. Wir haben gesagt, wir wollten keine so riskanten Investitionen, aber das wurde hochkant bachab geschickt. Da habe ich keinerlei Hoffnungen, dass dieser IAFP eine Verbesserung bringt, und ich erkenne jetzt auch ein wenig das Vorgehen des Gemeinderats: Er hat bemerkt, dass er letztes Mal überbordet hat, und jetzt versucht man über gewisse Anträge insbesondere der SBK zu den Mitteln zu kommen, die man gerne hätte. Dieses Budget hat bereits wieder viele Fettpolster, es ist ein fettes Walross, das den Steuerzahler drückt. So, wie die Ausgangslage ist, muss man an gewissen Orten Luft ablassen. Ich habe es bereits angekündigt, die SVP stimmt grundsätzlich allen Anträgen zu, die Kürzungen oder Sparmassnahmen beinhalten, und alle Anträge mit Erhöhungen lehnen wir ab. Aber wir sind nicht stur, wir – oder zumindest eine grosse Mehrheit unserer Fraktion – stellen selber auch Anträge für eine Erhöhung, zum Beispiel für das Puppentheater. Und auch der Antrag zu diesen Beamern ist in unserer Fraktion durchaus auf ein gewisses Wohlwollen gestossen. Anderen Anträgen stehen wir kritisch gegenüber. Der erste Antrag der FSU-Minderheit, einen Ertragsüberschuss von jährlich mindestens 20 Mio. Franken einzuplanen, wirkt auf den ersten Blick bestechend, aber wir haben die grosse Befürchtung, dass dieses Geld, wenn es einmal da ist, auch ausgegeben werden muss, weil eine Priorisierung fehlt, zudem ist fraglich, ob es vom kantonalen Steuerrecht her überhaupt zulässig ist, Ertragsüberschüsse zu akquirieren. Das müsste man noch vertieft abklären. Würde man sagen, man gebe weniger aus, wäre dies etwas anderes, aber wie es hier steht, haben wir die grosse Befürchtung, dass das Geld gleich wieder ausgegeben wird, denn der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. Etwas, zu dem ich ebenfalls jetzt schon klar sage, dass wir nicht mitmachen werden, ist die Bekämpfung der Sitzungsgeld-Erhöhung für den Stadtrat: Wir wollen eine Stärkung des Parlaments, aber in dem Fall kann man ihm doch nicht die Mittel streichen. Sie müssen schauen, welche Parteien diesen Antrag gestellt haben, und Sie müssen ein wenig die Zeitung lesen und schauen, bei welchem Beratungsunternehmen an prominenter Lage in Bern, das den Gemeindeverband vertritt, eines unserer Stadtrats-Mitglied ist und schöne Sitzungsgelder erhält für dieses Mandat. Dort soll man das Geld geben, aber der Stadtrat, der selber kämpft und selber Abklärungen macht, soll nichts erhalten. Es gibt noch viele weitere Beispiele für Verflechtungen und Vernetzungen mit Beratungsorganisationen und -büros. Wir sind der Meinung, die Sache mit den Sitzungsgeldern müsse das Parlament entscheiden, das solle man nicht bereits im Rahmen des IAFP ablehnen, darum werden wir diese Planungs-erklärung klar ablehnen. Aber viele der anderen Anträge unterstützen wir, insbesondere auch den Antrag, der eine Priorisierung vorsieht und dass man finanzpolitische Grundsätze festhalten soll. Für uns ist eigentlich zwingend, dass man solche Grundsätze erläutern sollte. Auch die Anträge punkto Personal und Wachstum unterstützen wir, wir sind natürlich klar für den Antrag 12. Das sind wichtige Anträge, ich hoffe, dass wir damit durchdringen. Ich habe natürlich keine Illusionen, wahrscheinlich wird dies nicht der Fall sein, aber es geht auch darum, gewisse Zeichen zu setzen. Wir wollen auch eine Verzichtsplanung, das ist wichtig: Man kann nicht immer noch mehr verlangen und am Schluss dann nichts bezahlen wollen. Man macht uns oft den Vorwurf, wir wollten einfach nur die Steuern senken, aber das stimmt nicht, im bürgerlichen Antrag steht auch das Wort Verzichtsplanung. Wir sehen ja, wie viel Geld für nutzlose Sachen verplant und ausgegeben wird – ich weiss nicht, wie lange wir jetzt schon an dieser Velobrücke herumplanen –, und jetzt haben wir Möglichkeiten für deutliche Kürzungen.

Noch ganz kurz zu den Anträgen zu einzelnen Direktionen. Ich habe es schon gesagt, bei der SBK können wir gewisse Positionen unterstützen, aber manches lehnen wir klar ab. Zum Antrag 2, zur PRD: Wir meinen, auf diese sieben Prozent mehr für die Kulturförderung sei zu verzichten, die heute vorhandenen Mittel sind mehr als ausreichend. Wir kämpfen nicht gegen die Kultur, wir unterstützen gewisse Institutionen sogar, aber es gibt auch gewisse Ungerechtigkeiten, und darum unterstützen wir den Antrag 3 von Tabea Rai und Luzius Theiler. Der Antrag ist offen formuliert, nicht nur die bestehenden, sondern auch künftige Theater sollen die nötige Luft erhalten, damit sie die Altstadtkultur bewahren können. Das ist entscheidend, es geht nicht nur um zwei Institutionen. Die Anträge von Manuel C. Widmer unterstützen wir eher nicht, wir kommen später darauf zurück. Das mit den Zivildienstleistenden in den Schulen zum Beispiel geht in die falsche Richtung. Und noch zwei Worte zum Verkehr: Wir sind der Meinung, die Verkehrsplanung sei das Böse, das immer neues Böses gebiert, es gibt immer wieder neue Schikanen, und man macht nichts für die Fussgänger. Wir haben jetzt die Situation, dass die Velos auf dem Trottoirs fahren dürfen respektive auf einer Rampe von vier Zentimetern. Wenn so geplant wird, muss man kürzen. Wir beantragen eine Kürzung um 30 Prozent, und wir haben auch noch einen Eventualantrag dazu. Ich hoffe, dass zumindest der Eventualantrag eine Chance hat. Wir wollen ein Zeichen setzen und klar sagen: Diese Verkehrspolitik mit Abbau der Parkplätze und Behinderung der Fussgänger und der Automobilisten lehnen wir ab.

Peter Ammann (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Auch dieses Jahr vorneweg mein Dank an die Verwaltung, die uns wieder ein sehr umfangreiches und detailliertes Planungswerk zur Verfügung stellt. Dieses Jahr aber explizit auch ein Dank an den Gemeinderat für die finanzielle Ausrichtung der Planung. Wir stellen erfreut fest, dass einige der Anliegen, die die Minderheit im Stadtrat in den vergangenen Jahren immer und immer wieder eingebracht hat und die jeweils einfach verpufft sind, jetzt doch gehört wurden. Ich erwähne die Erkenntnis des Gemeinderats, dass finanztechnisch eine Neuverschuldung von nur noch 30 Millionen vertretbar sei und nicht mehr von 50 Mio. Franken, wie bisher geplant. Unsere Fraktion findet immer noch, eigentlich sollte man eine noch tiefere oder sogar gar keine Neuverschuldung haben, aber die Richtung ist sicher gut.

Einige Ausführungen zum Meccano des IAFP, Stichwort rollende Planung, dann eine Bemerkung zu den Spezialfinanzierungen, im Wissen darum, dass dies eigentlich zur Jahresrechnung im Juni gehört, und schliesslich noch etwas zu den Anträgen. Wir haben das Stichwort rollende Planung heute schon gehört, wir haben es auch in der FSU recht intensiv diskutiert, und es war auch in den Vorjahren immer wieder ein Thema, was wir aus diesem IAFP, aus diesen vier Jahren, die hier recht detailliert geplant werden, überhaupt herauslesen können. Der IAFP ist ein Planungsinstrument, ein Arbeitsinstrument, wie auch die FinDel-Sprecherin gesagt hat. Das erste Jahr entspricht mehr oder weniger dem Budget, dann folgt ein Planjahr, und die Jahre 3 und 4 sind recht unscharf. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, wonach es schwierig sei, für die Jahre 3 und 4 genauer zu planen. Jetzt ist die Frage, was das bedeutet, wenn wir den IAFP lesen. Wichtig ist, die Planjahre 3 und 4, die jetzt negativ sind, in den kommenden Jahren schwarz zu machen respektive in einen zweistelligen Millionenüberschuss zu verwandeln. Warum das so sein muss, wurde ja erklärt. Das ist eine Aufgabe der finanziellen Führung des Gemeinderats, und das soll etwas Normales sein. Vielleicht ist das ein wenig gesucht, aber es ist eine Frage der Kommunikation, und vielleicht ist es auch ein wenig psychologisch, jedenfalls ist es schön, wenn der Gemeinderat selber sagt, Jawohl, das sei seine Aufgabe, und das werde er zustande bringen. Es soll nicht ein Murks werden, und man soll nicht von Globalkürzungen reden und von Haushaltsverbesserungsprogrammen – das sind Horrorwörter für die eine Seite des Stadtrats –, wenn es einzig darum geht, in der rollende Planung schliesslich ins Plus zu kommen, sondern das ist eine Daueraufgabe für den

Gemeinderat und dessen ist er sich inzwischen bewusst. So können wir mit diesem Instrument arbeiten und so können wir damit leben, dass die Planjahre 3 und 4 jetzt im Roten sind und daraus heraus gewisse Kennzahlen nicht so, wie wir sie gern hätten. Wir haben die Kennzahl Eigenfinanzierungsgrad der Investitionen, das ist an sich eine saubere Periode dieser acht Jahre, wie in den Eckwerten beschrieben. Man schaut fünf Jahre in der Vergangenheit an und dann noch drei Jahr für die Planung.

Die Stadt Bern hat inzwischen mehr als 100 Mio. Franken frei verfügbares Eigenkapital und weitere 165 Mio. Franken – eigentlich ebenfalls Eigenkapital – zweckgebunden eingelegt in Spezialfinanzierungen. Dieses Geld ist zwar für Aufgaben, für die wir in den kommenden Jahren sicher Geld benötigen werden, trotzdem sind wir, wie schon letztes Jahr erwähnt, der Meinung, dass wir nicht weitere Spezialfinanzierungen errichten sollten und dass wir die, die wir haben, nicht beliebig hoch äufnen sollten. Man musste das damals gewissermassen aus der Not heraus machen, als HRM2 eingeführt wurde, weil wir im andern Fall finanztechnisch mit diesem Rückstellungskonto Probleme erhalten hätten. Aber mit diesen Spezialfinanzierungen, über die wir in Zukunft einen Teil der Abschreibungen laufen lassen können, gibt es eine Verzerrung, sie verfälschen die künftigen Erfolgsrechnungen, indem wir mehr Erfolg werden ausweisen können, und dies wird mit allergrösster Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass wir mehr Geld ausgeben und mehr konsumieren. Darum sind wir da sehr zurückhaltend. Und es gibt den Grundsatz, dass man im Kalenderjahr in etwa eine Periodizität oder auch eine Parallelität haben sollte von Einnahmen und Ausgaben, was andersherum heisst, dass die Stadt nicht längerfristig und in beliebigem Mass Steuern auf Vorrat einnehmen sollte. Diese Bemerkung führt mich zu den Planungserklärungen. Die Planungserklärung 1 lehnen wir ab, und zwar nicht, weil wir grundsätzlich nicht einverstanden wären damit, es muss in diese Richtung gehen, aber wir finden es nicht richtig, dass man eine so konkrete Vorgabe macht. Das macht wenig Sinn, wie es auch nicht viel Sinn macht zu fordern, jedes Jahr so und so viele Mio. Franken Schulden abzubauen. Die Planungserklärung 2, zur modularen Bauweise, nehmen wir an, das kann man prüfen. Dass der Gemeinderat eine Stellungnahme abgeben soll, wenn er seine Eckwerte nicht einhält, unterstützen wir ebenfalls. Die Richtung von Planungserklärung 4 stimmt, aber eine Senkung in diesem Umfang – von 140 auf 100 Prozent – unterstützen wir nicht. Dann gibt es diverse Anträge auf Steuersenkung. Wie in den vergangenen Jahren werden wir zu den moderaten Steuersenkungen Ja sagen. Dass man die zusätzlichen Einnahmen aus der Liegenschaftssteuer – in Planungserklärung 7 müsste statt Grundstückgewinnsteuer Liegenschaftssteuer stehen – in die Planung aufnimmt, unterstützen wir. Eine Planungserklärung verlangt, dass die künftigen Steuereinnahmen in der Planung maximal mit einem Prozent berücksichtigt werden. Eine solche Forderung ist nicht ganz falsch, aber wir finden, so etwas sollte nicht das Parlament vorgeben, sondern das möchte ich dem Gemeinderat und vor allem den Fachleuten überlassen; sie haben den nötigen Sachverstand und auch die Statistiken, um festzulegen, wie diese Steuerzunahmen einzustellen sind. Eine Beschränkung des Stellenwachstums unterstützen wir, das entspricht einem Vorstoss von uns.

Unter den Planungserklärungen zu den Direktionen sind einige, die wir grundsätzlich nicht unterstützen, weil wir finden, sie hätten nicht die Flughöhe einer Planungserklärung. So etwas kann man als Vorstoss oder als Budgetantrag bringen. Und dann liegen noch einige Planungserklärungen der SBK vor, die in manchen Bereichen mehr Geld sprechen will. Wir nehmen sie nicht an, weil wir finden, der Gemeinderat habe die Planung jetzt so gemacht, folglich sollte das Geld eigentlich reichen und die Kommission müsse nicht noch aufstocken.

Regula Tschanz (GB) für die Fraktion GB/JA!: Der IAFP bietet zumindest für 2020 eine gute Perspektive, mit einem robusten Ertragsüberschuss. Die Folgejahre zeigen aber, dass spezifische Herausforderungen auf die Stadt zukommen. Der IAFP 2020 bis 2023 steht ganz im

Zeichen des städtischen Wachstums. Aus einer rein finanzpolitischen Perspektive heraus könnte man sagen, städtisches Wachstum sei gleichzeitig Fluch und Segen: Es bringt zusätzliche Steuereinnahmen, erfordert aber auch Vorinvestitionen, und vor allem ringt es uns das Bekenntnis ab, dass wir die Bevölkerungszunahme so gestalten wollen, dass Bern eine ökologische und soziale Stadt bleibt. Ich möchte in diesem Zusammenhang drei Punkte näher ausführen: Die Entwicklung der Steuererträge, den hohen Investitionsbedarf und die Sicherung einer sozialen und ökologischen Stadt für alle. Zu den Steuern: Die kontinuierliche Zunahme der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern ist Ausdruck der Attraktivität der Stadt, und die lange Serie von schwarzen Rechnungsabschlüssen der letzten Jahre geht unter anderem auch auf die stetige Zunahme der Steuererträge zurück. Dass die ordentlichen periodischen Steuererträge im Rechnungsjahr 2018 aber unter dem Vorjahres- und Budgetwert liegen, muss uns auch daran erinnern, dass für die weiteren Entwicklungen grosse Unsicherheiten bestehen, zum Beispiel bei wirtschaftlichen Einbrüchen oder bei unerwarteten Auswirkungen der Steuervorlage 17 und der entsprechenden kantonalen Umsetzung, aber auch, wenn sich die Bevölkerungszahl nicht gemäss den Erwartungen und Zielsetzungen entwickelt. Dies alles gilt es im Auge zu behalten. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner bringen zwar mehr Steuern, aber spätestens in der Präsentation des letzten IAFP hat sich auch eine zweite Realität gezeigt, auf die die Fraktion GB/JA! seit Jahren hinweist: Die Vorstellung, dass das Schaffen der Voraussetzungen für ein Wachstum um 17 000 Einwohnerinnen und Einwohner ohne nennenswerte Zusatzausgaben möglich wäre, ist illusorisch. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf den riesigen Investitionsbedarf lehnt die Fraktion GB/JA! Steuer-senkungen und damit die Planungserklärungen 5, 6 und 7 deutlich ab.

Zu den Investitionen: Der hohe Investitionsbedarf geht einerseits auf den lange aufgeschobenen Unterhalt zurück, andererseits auf das städtische Wachstum. Und beide Treiber zeigen, dass wir hier dringend vorwärts kommen müssen, wenn wir die Herausforderungen nicht einfach auf die nächste Generation abschieben wollen. Und Ja, für die Bewältigung dieser Investitionen braucht es entsprechende Stellen beziehungsweise Mitarbeitende in der städtischen Verwaltung. Die Fraktion GB/JA! begrüsst das vom Gemeinderat forcierte Investitionsvolumen, und wir unterstützen, dass sich der Gemeinderat vornimmt, zur Sicherstellung der Finanzierung der erforderlichen Investitionen Ertragsüberschüsse von 15 bis 20 Mio. Franken anzustreben. Die Planungserklärung 1 zeigt aber einmal mehr, zu welchem Durcheinander der Ablauf unserer Budget- und IAFP-Debatte führt. Der IAFP mit all seinen durchaus transparent deklarierten Unschärfen soll als Frühwarnsystem dienen, mit dem nötiger Handlungsbedarf aufgezeigt wird, er ist nicht ein Vierjahresbudget. Wenn ich Peter Ammann richtig verstanden habe, sind wir uns in diesem Fazit einig. Der IAFP ist nicht ein Vierjahres-Budget, aber die Planungserklärungen 1 und 4 sind regelrechte Einladungen an den Gemeinderat, in den Planjahren Beschönigungskorrekturen vorzunehmen, um unbedingt den Wert zu erreichen, den der Stadtrat ihm vorgegeben hat. Das ist aus unserer Sicht nicht im Interesse des Stadtrats. Wir lehnen solche Planungserklärungen ab, denn es müsste doch vielmehr darum gehen, dass wir die weitere Perspektive sehen und dass der Gemeinderat darlegen kann, wie er reagiert, um nachher, in den Budgetjahren, auf bessere Werte zu kommen. Unterstützen können wir die Planungserklärung 9, wir teilen die Einschätzung der Urheberinnen, dass mehr Informationen und eine bessere Darstellung der Priorisierung der Investitionen für den Stadtrat ein nützliches und notwendiges Instrument sind.

Zum dritten Punkt, dem Zusammenleben in der Stadt Bern und zur nötigen Prioritätensetzung, um Bern weiterhin als soziale und ökologische Stadt für alle zu positionieren. Wenn wir davon reden, dass das Bevölkerungswachstum uns vor Herausforderungen stellt und dass es dafür die nötigen Mittel braucht, geht es ganz explizit nicht nur um Beton oder um neue Tramschienen, es geht um Menschen. Und es liegt auf der Hand, dass die Bevölkerungszunahme in gewissen Bereichen auch einen Leistungsausbau nach sich zieht; ich denke etwa an Dienst-

leistungen im Bereich der Einwohnerkontrolle, an kulturelle Angebote, Quartierarbeit, Gemeinwesenarbeit, offene Kinder- und Jugendarbeit. Was bedeutet es im Alltag, wenn 17 000 Menschen mehr in der Stadt leben? Aus der Sicht der Fraktion GB/JA! braucht es, und das ist ganz im Sinn des STEK, eine Prioritätensetzung, die ökologische, raumplanerische und soziale Ziele ins Zentrum setzt. Ich denke da zum Beispiel an Massnahmen für eine klimaneutrale Stadt oder für eine Verbesserung der Chancen von armutsbetroffenen Menschen. Und gerade in der aktuellen Wachstumsphase ist es umso dringlicher, eine stadtverträgliche Verkehrsentwicklung, die Pflege der Grünräume oder den Erhalt der Freiräume zu priorisieren. „Stadt für alle statt für wenige“ müsste eigentlich auch heissen, dass alle Menschen ihren Platz finden und dass wir auch als Stadtrat auf eine vermehrte „soziale Infrastruktur“ setzen. Und als Klammerbemerkung: mit dem sehr klaren Votum gegen den Sozialhilfeabbau hat die stadtberner Stimmbevölkerung am vergangenen Sonntag überdeutlich gesagt, dass sie Bern als Stadt positionieren will, die allen eine Perspektive bietet. Ökologische, raumplanerische und soziale Ziele – das war die Richtschnur der Fraktion GB/JA! für die Beurteilung der vorliegenden Planungserklärungen. Wir unterstützen darum die Planungserklärung der SBK, die in die soziale Infrastruktur investieren wollen, und lehnen die Kürzungsbegehren ab, die den genannten Zielsetzungen zuwiderlaufen, da denke ich beispielsweise an den Bereich Verkehrsplanung. Ich fasse zusammen: Die Fraktion GB/JA! nimmt den IAFP 2020 bis 2023 positiv zur Kenntnis; bis auf die Nummer 9 lehnen wir alle directionsübergreifenden Planungserklärungen ab. Ich danke im Namen der Fraktion GB/JA! der Verwaltung für ihre wichtige tägliche Arbeit.

Michael Daphinoff (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich nehme mein Votum dort auf, wo meine Vorrednerin aufgehört hat, mit dem Dank an die Verwaltung, und mit einem speziellen Dank an unseren Finanzverwalter, für die grosse Arbeit. Der IAFP ist ein beachtliches Werk. Wir sind sehr erfreut darüber, dass er an Bedeutung gewonnen hat und dass er diese Bedeutung behält. Wir fänden es begrüssenswert, wenn er die Budgetdebatte bis zu einem gewissen Grad ablösen würde und das Budget über mehrere Jahre gesteuert werden könnte. Ohne Rücksicht auf gebundene Aufgaben oder kurzfristige Kündigungsfristen könnten so Veränderungen im Budget vorgenommen werden, denn im Budgetprozess sind ja bekanntlich Massnahmen dieser Art oft nicht mehr möglich. Im vorliegenden IAFP werden für die kommenden Jahre grosse Defizite prognostiziert und es sind Massnahmen erforderlich, und da sind wir nach wie vor der Meinung, dass vor allem der Stadtrat gefordert ist, denn der Gemeinderat hat offenbar keinen grossen Willen dazu. Der Stadtrat ist zwar immer wieder sehr darum bemüht, neue Aufgaben zu schaffen und neue Leistungen zu bestellen, aber jetzt sind wir gefordert, wenn wir das Budget nachhaltig sprich über mehrere Jahre entlasten wollen. Und der Gemeinderat sollte nicht jedes Jahr mit kleinen Änderungen und Anpassungen oder mit dem Hinausschieben von Ausgaben das Budget irgendwie schön zu machen versuchen, und wir führen dann immer wieder die gleichen Diskussionen. Die Diskussion zum IAFP ist wichtig, weil wir Oppositionsparteien so die Möglichkeit haben zu sagen, wo der Gemeinderat etwas ändern kann und was er verändern soll. Es ist nicht unsere Aufgabe, einfach generell Sachen zurückzuweisen und zu verlangen, hier um ein und dort um zwei Prozent zu kürzen, sondern der IAFP ist die Möglichkeit für uns, um zu sagen, was man konkret verändern kann. Und darum haben wir auch dieses Jahr wieder interfraktionell konkrete Anträge gestellt und nicht einfach irgendwelche grundsätzlichen Anträge.

Am vorliegenden IAFP ist einiges erschreckend. Man mag vieles gut finden und einiges mag verbessert sein gegenüber dem völlig abstrusen IAFP, der uns letztes Jahr vorgelegt wurde, der aber aus eben diesem Grund nicht der Massstab sein darf. Ein Punkt, den man ansprechen muss, ist der allgemeine Leistungsausbau. Es sind immer noch Mehrausgaben im Umfang von jährlich 15 bis 27 Mio. Franken vorgesehen, und der Gemeinderat versucht die Neuverschuldung zwar auf 30 Mio. Franken zu begrenzen, aber die Lektüre des IAFP zeigt, dass

es effektiv um 30 bis 60 Mio. Franken Neuverschuldung geht, und da sind die Zinsen noch nicht einmal eingerechnet. Und der Selbstfinanzierungsgrad sollte eigentlich 100 Prozent betragen, aber gemäss den Angaben auf Seite 37 sinkt er unter 50 Prozent. So etwas ist schockierend. Kommt noch dazu, dass der Bruttoverschuldungsanteil gemäss Seite 36 auf über 150 Prozent steigt, das ist definitiv ein schlechter Wert. Der Selbstfinanzierungsgrad ist schlecht, der Bruttoverschuldungsanteil ist hoch, dazu kommt noch die Neuverschuldung, und unter diesen Umständen will man ohne Not mehr Stellen schaffen, bei null Prozent Bevölkerungswachstum, und neue Aufgaben übernehmen. So können wir dem IAFP nicht zustimmen, wir haben darum Planungserklärungen eingereicht, um diesem ständigen Ausbau entgegenzuwirken.

Noch kurz zu den einzelnen Planungserklärungen: 1 und 2 nehmen wir an, eine modulare Bauweise soll und darf man auf jeden Fall prüfen. Auf unsere eigenen Anträge muss ich wohl nicht näher eingehen. Der Planungserklärung 13, zum Sauberkeitsrapport, werden wir zustimmen. Ebenso dem Eventualantrag dazu. Planungserklärung 15, zur Priorisierung, werden wir ablehnen; und die Planungserklärungen zu den Direktionen werden wir einzeln abhandeln.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Auch ich möchte als erstes der Verwaltung danken für den IAFP. Er ist ein sehr wichtiges Dokument und soll von uns die entsprechende Aufmerksamkeit erhalten. Man muss zugeben, dass im diesjährigen IAFP im Vergleich zu denen anderer Jahre ein leicht moderaterer Ton angeschlagen wurde. Trotzdem geht er uns zu weit: Nach wie vor wird der Ausbau von Konsumausgaben vorangetrieben, statt dass man eine Priorisierung bei den längst fälligen Investitionen macht. Auf der Einnahmeseite fällt auf, dass der Gemeinderat von einem sehr positiven Niveau ausgeht. Ja, wir hatten in der Vergangenheit sehr gute Jahre, aber die hier getroffenen Angaben sind wirklich äusserst optimistisch. Wenn man in den letzten Jahren immer positiv überrascht wurde durch die Mehreinnahmen, muss man sich sicher auch darauf gefasst machen, dass unsere Einnahmen auch einmal schlechter ausfallen könnten als prognostiziert. Bei den Ausgaben sieht man, dass der Leistungsausbau in den kommenden vier Jahren 15 bis 27 Mio. Franken jährlich sein wird, wobei allerdings 10 bis 19 Mio. Franken davon auf Beschlüsse des Stadtrats oder der Stimmbürger beruhen. Die neue Kennzahl schätzen wir sehr, weil sie gute und wichtige Zusatzinformationen liefert. Aber sie zeigt eben auch auf, dass die Bestellermentalität, die im Stadtrat herrscht, dazu führt, dass die Ausgaben jedes Jahr ansteigen werden. Für eine solide Finanzpolitik müssen wir dringend darauf achten, dass wir behutsam mit unseren Finanzmitteln umgehen. Wir behaupten nicht, dass die 20.6 neuen Stellen alle unnötig sind. Aber angesichts der vielen anstehenden Investitionen können wir die Ausgabenseite nicht beliebig hochschrauben. Die vom Gemeinderat festgehaltenen finanzpolitischen Grundsätze wären eigentlich ein wichtiges Mittel, um den künftigen Finanzhaushalt beobachten zu können, aber leider zeigt sich, dass der Gemeinderat mit seinen Planungen an seinen eigenen Zielen vorbeischießt. Es ist klar, dass der IAFP keine exakte Wissenschaft ist; es gibt immer wieder Planungsanpassungen, und Investitionen können hinausgeschoben werden, aber dennoch ist er ein wichtiges finanzpolitisches Mittel, um aufzuzeigen, wohin es geht. Er ist eine Art Wegweiser für die weitere Entwicklung, und wenn man genau hinschaut, sieht man, dass diese Entwicklung nicht gerade positiv ist. Wir haben einen riesigen Investitionsstau, und das muss unsere erste Priorität sein, und nicht, die Ausgaben hinaufzuschrauben. Selbst wenn wir jetzt super Jahresergebnisse hatten, ist ja der Selbstfinanzierungsgrad, wie schon mein Vorredner betont hat, recht tief. Und mit dem vorliegenden IAFP setzen wir diesen Trend fort. Und dann liest man im IAFP, wie der Gemeinderat diesem Trend entgegenwirken will. Er will sich vielleicht doch lieber bei den Investitionen ein wenig zurückhalten, statt die Ausgabenseite besser zu managen. Wo genau also setzt er seine Prioritäten? Die allgemeinen Planungserklärungen werden wir alle annehmen, zu den Planungserklärungen zu den Direktionen werden

wir nachher noch etwas sagen. Die meisten werden wir annehmen, aber die, die für uns undifferenziert sind, werden wir ablehnen, und auch die Bestellungen der SBK werden wir grossmehrheitlich ablehnen, mit ein paar kleinen Ausnahmen. Wenn ein Grossteil unserer Planungserklärungen nicht durchkommt, wird unsere Fraktion den gesamten IAFP negativ zur Kenntnis nehmen.

Luzius Theiler (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Der IAFP in der heutigen Form ist ein Auslaufmodell. Der Stadtrat hat eigentlich gar nichts dazu zu sagen, darum werden wir Jahr zu Jahr von Planungserklärungen überschwemmt. Und die werden dann zum Teil angenommen und zum kleineren Teil in irgendeiner Form ein oder zwei Jahre später berücksichtigt oder auch nicht, das liegt im Ermessen des Gemeinderats. Der Stadtrat hat nichts zu sagen, und darum ist es viel sinnvoller, Anträge zum Budget zu stellen. Die haben immerhin, wenn sie angenommen werden, konkrete Auswirkungen.

Ich habe gesagt, der IAFP sei ein Auslaufmodell. Es gibt ein grosses Gutachten über die neue Stadtverwaltung respektive das neues Rechnungsmodell, auf dem das beruht – New Public Management NPM als Stichwort –, welches das überprüft, aber leider nur in beschränktem Rahmen, denn wie die Partizipationen in Bern halt leider laufen: Die wichtigsten Vorentscheide und Vorgaben werden vom Gemeinderat gemacht, und dann sitzen wir stundenlang in einer Echogruppe herum oder wie sich das im konkreten Fall auch immer nennt, und dann heisst es, das sei aber nicht im Umfang des Auftrags, und das Kommunikationsunternehmen, das alles managt, sagt, man nehme die kritischen Voten durchaus zur Kenntnis, und auch die Forderungen, einen grundlegenden Systemwechsel anzustreben, aber leider gehe das nicht. Nur als Klammerbemerkung: Das Kommunikationsunternehmen, das eine sehr ausführliche und interessante Analyse gemacht hat des neuen Rechnungsmodells und dessen Anwendung in Bern, wie wir sie seit ungefähr 15 Jahren haben, ist zu einem vernichtenden Ergebnis gekommen, indem zum Beispiel zum Produktgruppenbudget festgestellt wird, dass es eigentlich nur zwei Vorteile hat: Der eine ist, dass man sich daran gewöhnt hat, und der zweite, dass niemand gesagt hat, das alte Model sei besser. Aber von den Leuten, die heute politisch aktiv sind, kennt vielleicht ausser mir niemand das alte Modell. Das nur in Klammern, aber es wird sicher Änderungen geben, im Sinn, wie es Regula Tschanz immer gefordert hat, nämlich dass man den IAFP zusammen mit dem Budget behandelt und so nicht mehr diese Doppelspurigkeiten hat. Aber dies bedingt, das ist die absolute Voraussetzung, dass dazumal der Stadtrat auch über den IAFP entscheidet und dass man diese Planungserklärungswirtschaft loswird, dass der IAFP zu einem Führungsinstrument des Stadtrats wird und der Stadtrat über die einzelnen Posten entscheiden kann. Aber ich habe so meine Befürchtungen, dass sich der Gemeinderat vehement dagegen wehren und sich am heutigen Zustand festkrallen wird, obwohl in dieser Echogruppe, in der ich mit dabei war, eigentlich die Forderung ganz allgemein war, dass der Stadtrat mehr zum IAFP zu sagen hat. Das wird eine interessante Diskussion sein, der Gemeinderat wird glaube ich noch vor den Sommerferien einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse dieser Arbeiten unterbreiten.

Und dann gibt es natürlich noch eine andere Frage: Wir haben die lustige Situation, dass die Finanzdirektion mit grossem Aufwand das Projekt NSB überprüft, mit Zielrichtung Neue Stadtverwaltung Bern 2022 (NSB22), und die PRD organisiert mit ebenso grossem Aufwand eine Machbarkeitsstudie zu Gemeindefusionen. Aber von den Gemeinden, die dabei mitmachen, hat noch keine ein neues Rechnungsmodell oder ein NPM, und wie das zusammenpassen soll, wenn man auf der einen Seite Pflöcke einschlagen will und auf der anderen Seite auch, ist mir schleierhaft.

Man kann also zu diesem Auslaufmodell IAFP nur das sagen, was man jedes Jahr dazu sagen muss und was andere auch schon gesagt haben: Wir haben in gewissen Bereichen zu viele Investitionen, mit diesem Selbstfinanzierungsgrad von unter 50 Prozent. Das kann ir-

gendeinmal sehr bitter ausgehen, wenn es nicht mehr ganz so glatt läuft wie es heute läuft. Ich erinnere an Ostermündigen, das deswegen bei der Stadt für eine Fusion anklopfen musste, und ich erinnere an Köniz, wo man jetzt völlig überrascht das festgestellt hat, was seit Jahr und Tag prophezeit wurde: Dass sich die finanzielle Lage immer weiter verschlechtert und es nicht mehr möglich ist, ganz elementare Gemeindeaufgaben zu erfüllen, wenn Wachstum nicht dazu führt, dass sich die finanzielle Situation verbessert, sondern einzig hohe Investitionen verursacht. Köniz kann sich keinen Entsorgungshof leisten, dafür ist es auf Bern angewiesen, Köniz kann sich nicht einmal mehr Sitzbänke leisten, sondern muss sich die auf dem Flohmarkt beschaffen, was ja aus grüner Optik an sich eine originelle Idee ist, aber ob es als Dauerlösung taugt, ist eine andere Frage. Regula Tschanz hat vom Fluch und Segen des Wachstums geredet. Da hatten wir immer etwas unterschiedliche Gewichtungen: Uns ist es eher Fluch, für die, die das STEK angenommen haben, ist es eher ein Segen. Aber wir müssen einfach sehen, dass wir in Bern Investitionen tätigen müssen für Sachen, die an anderen Orten bereits bestehen und dort wertlos geworden sind, weil man alles in der Stadt Bern zentralisiert. Und was uns auch noch aufgefallen ist: Die Digitalisierung spart eigentlich Stellen ein, aber warum kann man die Leute nicht umschulen für sinnvolle Arbeiten? Da kommt einem ein Buch in den Sinn, das im Moment Furore macht, über Bullshit-Jobs. Wie viele davon haben wir in der Stadt Bern? *Der Vorsitzende unterbricht Luzius Theiler, weil die Redezeit abgelaufen ist.*

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion nimmt den IAFP neutral zur Kenntnis. Wir sind sehr erfreut, dass der Gemeinderat auf Seite 56 transparent ausweist, welches Organ, also der Gemeinderat oder der Stadtrat oder der Kanton, die zusätzlichen Stellen bestellt: Knapp 19 der 21 zusätzlichen Stellen für 2020 sind einem freiwilligen Stellenausbau durch den Gemeinderat geschuldet. Von diesen Stellen ist rund ein Drittel für neue Aufgaben, und zwei Drittel sind durch einen Leistungsausbau bedingt. Dass es bei steigenden Schülerzahlen einen Leistungsausbau braucht, ist für uns nachvollziehbar. Dass die Stadt aber regelmässig zusätzliche Aufgaben übernimmt, widerspricht unserem liberalen Staatsverständnis. Die Fraktion GFL/EVP begrüsst, dass der Stellenausbau nicht im gleichen Umfang stattfindet wie im vergangenen Jahr, so dass wir hier nicht die gleiche Diskussion wieder führen müssen. Man kann jetzt argumentieren, der Stadtrat solle über das Globalbudget und nicht über den Stellenetat steuern. Das ist grundsätzlich richtig, in der öffentlichen Wahrnehmung sieht es aber leider anders aus. Das Stellenwachstum ist die politische Achillesferse des Gemeinderats, weil es mit Konsumausgaben zusammenhängt. Anders sieht es mit den Investitionen aus. Der Gemeinderat will künftig 130 Mio. Franken jährlich in den Unterhalt und Neubau von Gebäuden investieren. Das ist nur möglich, weil die Stadt heute in einer besseren finanziellen Situation ist als noch vor zehn oder 15 Jahren. Aber damit diese Investitionen nachhaltig finanzierbar sind, muss der Gemeinderat jährliche Überschüsse von mindestens 20 Mio. Franken planen. Ein solcher Überschuss entspricht auch einem finanzpolitischen Grundsatz des Gemeinderats. Leider weicht er aber von diesem Grundsatz gleich wieder ab und hat bereits für 2022 ein Defizit von mehr als 13 Mio. Franken in der Planung, und dies trotz geltenden Globalkürzungen von jährlich 3.6 Mio. Franken. Und im Budget des kommenden Jahres ist ein Überschuss von 14 Mio. statt von 20 Mio. Franken vorgesehen. Aber es ist falsch, damit zu argumentieren, der Gemeinderat plane bewusst mit zu tiefen Steuereinnahmen: 2018 waren die Steuereinnahmen tiefer als im Vorjahr, und der Ertrag lag nur sehr knapp über dem Budget.

Aus Sicht unserer Fraktion widerspricht der Gemeinderat wie gesagt seinen eigenen finanzpolitischen Grundsätzen, und aus diesem Grund werden wir die von uns formulierte Planungserklärung 1 der FSU-Minderheit unterstützen. Und an die Adresse der SVP und der Grünlibera-

len: Es geht bei diesem Überschuss von 20 Mio. Franken nicht um Konsumausgaben, sondern um die Möglichkeit, die Neuverschuldung zu reduzieren.

Auch die Planungserklärung 2, die den Gemeinderat damit beauftragt, die modulare Bauweise zu prüfen, stammt aus unserer Feder. Wir befinden uns zwar in einer Boom-Phase, und die Familien ziehen erfreulicherweise wieder nach Bern, aber es ist gefährlich, wenn heute Schulraum geplant wird, der erst in 10 Jahren vorhanden sein wird: Vielleicht stellen wir in zehn Jahren fest, dass die Schülerzahlen wieder sinken. Zudem ist die Entwicklung auch in den Quartieren unterschiedlich. Es kann sein, dass im einen Quartier plötzlich eine erhöhte Nachfrage nach Schulraum da ist, während in einem anderen Quartier Schulen leerstehen. Darum ist es wichtig, die flexible, modulare Bauweise zu prüfen. So kann das Risiko von Fehlinvestitionen minimiert werden. Wir werden auch die Planungserklärung 3 unterstützen, die den Gemeinderat auffordert, im Vorbericht des IAFP aufzuzeigen, welche Grundsätze er im aktuellen IAFP nicht einhalten kann und wie er sie künftig zu erfüllen gedenkt. Für die Planungserklärung 9, die vom Gemeinderat eine Liste mit der Priorisierung der zukünftigen Investitionen verlangt, haben wir Stimmfreigabe beschlossen. In der Liste ab Seite 208 im IAFP sieht man alle bereits laufenden Projekte über die kommenden acht Jahre, und es kommen in diesem Zeitraum von acht Jahren in der Liste sicher keine neuen Projekte dazu. Natürlich ist es nicht einfach, heute zu wissen, welche Projekte in den kommenden vier oder fünf Jahren in die Planung genommen werden, aber auch das gehört bei einer seriösen Planung dazu. Als Beispiel kann man die Umgestaltungen Waisenhausplatz und Helvetiaplatz nennen. Dazu gibt es Vorstösse im Stadtrat, die oft auf die lange Bank geschoben wurden. Auch in der vorliegenden Planung scheint die Umgestaltung des Helvetiaplatzes zur Museumsinsel nicht drin zu sein, obwohl wir alle wissen, dass diese Planung eben aufgegleist wurde. Die Planungserklärung, die genügend Mittel für die Realisierung des Car-Terminals vorsieht, werden wir ebenfalls unterstützen, alle weiteren direktionsübergreifenden Planungserklärungen lehnen wir ab. Noch zu den Planungserklärungen zur BSS. Die Planungserklärung, wonach genügend Mittel für die Aufrechterhaltung für die Anzeigegeräte in den Schulen zur Verfügung gestellt werden sollen, werden wir selbstverständlich unterstützen. Auch für die Aufstockung der Schulsozialarbeit und der Sozialplanung haben wir gewisse Sympathien, aber wir werden uns bei diesen Planungserklärungen enthalten. In Zusammenhang mit dem Budget hingegen werden wir diese Themen noch einmal im Detail diskutieren. Alle anderen Planungserklärungen lehnen wir ab.

Peter Marbet (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist wahrscheinlich einer der ganz grossen Erfolge von RGM, dass es in den 27 Jahren RGM-Mehrheit gelungen ist, die Stadt Bern auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, ohne die sozialen und ökologischen Engagements zu vernachlässigen. Es ist auch interessant zu sehen, dass in der nationalen finanzpolitischen Debatte das Heil der gesunden Finanzen des Staates immer darin gesehen wird, dass man möglichst viel spart, dass aber die Stadt Bern aufzeigt, dass es auch anders geht: Man kann investieren, man kann dafür sorgen, dass es allen gut geht, und dadurch kann man sicherstellen, dass die Kaufkraft der Bevölkerung wächst, womit sich die öffentlichen Investitionen lohnen. Die Stadt Bern steht tatsächlich gut da, bezogen auf die finanziellen Kennzahlen: 100 Mio. Franken Bilanzüberschuss, rund 75 Mio. Franken in der Spezialfinanzierung für Eis und Wasser, wenn man den Abschluss des vergangenen Jahres dazu nimmt, und weitere 100 Mio. Franken für Schulbauten, die kommenden Generationen helfen werden, weil diese Gelder ja für die Amortisation der Investitionen eingesetzt werden können. Und ja, wir stehen vor einer grossen Investitionsdekade: Insgesamt sind 854 Mio. Franken für Schulhausbauten vorgesehen und 354 Mio. Franken für Sport- und Freizeitanlagen. Das ist finanzpolitisch eine grosse Herausforderung, es ist aber auch eine grosse soziale Verpflichtung, dass es uns gelingt, unseren Einwohnerinnen und Einwohnern die Infrastruktur zu beschere, die es eben loh-

nenswert macht, in dieser Stadt zu wohnen, in einer Stadt, die wächst und sich in den kommenden Jahren, wir haben es gehört, in der Summe in der Grösse der Stadt Solothurn erweitern wird. Bezüglich Investitionen und der damit zusammenhängende Neuverschuldung sind wir der Ansicht, dass wir ein ausgewogenes Paket haben, dass wir eine Neuverschuldung von 30 Mio. Franken pro Jahr verantworten können, im Wissen darum, dass wir dafür Überschüsse im Umfang von um die 20 Mio. Franken pro Jahr brauchen. Dass dies beim Bruttoverschuldungsgrad eine gewisse Schwankung nach sich zieht, versteht sich von selbst. Wir haben im vergangenen und im vorletzten Jahr sehr stark über die 140-Prozent-Grenze gestritten, man hat den finanzpolitischen Grundsatz des Gemeinderats dazu sukzessive schärfer gemacht, indem man diese Begrenzung zuerst für die ersten beiden Planungsjahre hatte und sie dann auf die Jahre 3 und 4 ausgedehnt hat, und jetzt kommt quasi als Reaktion auf die Erfüllung dieser Planungserklärung die Forderung nach 100 Prozent Bruttoverschuldungsgrad. Ich frage mich, ob wohl die Forderung nach 80 Prozent käme, wenn wir 100 Prozent festlegen würden. Darum auch von meiner Seite eine finanzpolitische Provokation: Hätte denn die Privatwirtschaft ein Interesse an einem Gemeinwesen mit null Prozent Bruttoverschuldungsgrad? – Die Banken würden das wahrscheinlich nicht so toll finden. Wir haben letztes Jahr sehr stark gestritten wegen der starken Stellenerweiterung, die in Zusammenhang mit dem ausgebauten Service public, aber auch mit der wachsenden Stadt steht. Heute sind es 20.6 Nettostellen mehr, das entspricht einem Wachstum von 0.8 Prozent, bei einem Steuer- und Wirtschaftswachstum von 1.5 Prozent. Unserer Meinung nach ist damit dieses Stellenwachstum verantwortbar, aber auch wir sind der Meinung, man sollte es nicht auf die Spitze treiben, sondern man sollte eine gewisse Sorgfalt walten lassen, und wir werden Anträgen, die weitere Stellen fordern, eine Absage erteilen. Umgekehrt ist für uns auch klar, dass Steuerensenkungen kein opportunes Mittel sind, um die Stadt weiter zu entwickeln, gerade mit Blick auf die Investitionen, die die Stadt Bern sehr stark fordern werden und von denen wir überzeugt sind, dass sie im Interesse unserer Bevölkerung liegen. Damit komme ich zu den Planungserklärungen. Die Planungserklärung 1 verlangt, dass man schon heute in allen Planjahren diesen notwendigen Überschuss von 20 Mio. Franken einstellt. Wir halten diese Planungserklärung für wenig zielführend, da kann ich mich sehr gut den Voten von Peter Ammann und Regula Tschanz anschliessen, auch wir verstehen den IAFP als rollende Planung, dazu einige Stichworte: Allein die Steuer- und AHV-Vorlage des vergangenen Wochenendes kostet die Stadt geschätzt rund 19 Mio. Franken. Die Neubewertung der Liegenschaften, die im Moment vor Bundesgericht hängig ist, würde umgekehrt Mehreinnahmen von 21.5 Mio. Franken bedeuten, und wenn die Stadt auch noch mit dem 77-Prozent-Median durchkäme, wären es sogar gegen 30 Mio. Franken Mehreinnahmen. Es gibt also Faktoren, die einen massiven Einfluss haben können, und angesichts eines 1.3-Mia.-Budgets sind diese 20 Mio. Franken eine kleine Summe. Ich erinnere auch daran, dass wir in den vergangenen Jahren zwischen Budget und Rechnung zum Teil eine Differenz von 80 bis 100 Mio. Franken hatten. Dies wird vielleicht nicht mehr der Fall sein, aber trotz allem sind wir hier in einem sehr kleinen Abweichungsbereich, und jetzt quasi pro Forma diese Zahl reinzuschreiben, obwohl sie wahrscheinlich nicht stimmt, finden wir nicht sinnvoll. Ich habe lieber mehr Transparenz und Ehrlichkeit im IAFP als irgendeine Kunst-Zahl.

Die modulare Bauweise, das haben wir in anderen Städten gesehen, ist kaum kostensparend. Aber wenn es in einem konkreten Projekt sinnvoll ist, ist es uns unbenommen, das umzusetzen. Darum werden wir auch diese allgemeingültige Planungserklärung ablehnen. Bezüglich finanzpolitische Grundsätze halte ich fest, dass der Gemeinderat schon heute im IAFP sehr klar darlegt, welche er erfüllt und welche nicht. Vermutlich ist die inhaltliche Stossrichtung der Planungserklärung, dass man nicht möchte, dass die Selbstfinanzierung unter 100 Prozent sinkt. Mit einer Selbstfinanzierung von immer 100 Prozent wären wir quasi bei einer Stadt ohne Verschuldung, aber ich frage mich, wie sinnvoll das wäre. Dass es in einem gewissen

Mass bleiben muss, ist klar, aber die heutigen Werte sind aus unserer Sicht in einem tolerierbaren Bereich. Zur Bruttoverschuldung habe ich mich bereits geäussert, die Steuern habe ich ebenfalls erwähnt, zum Stellenwachstum habe ich festgehalten, dass wir nicht mehr Stellen möchten als die, die jetzt eingestellt sind und zu denen wir selbstverständlich Ja sagen. Die Planungserklärung 9 fordert eine Priorisierung der Investitionen, aber wir sind der Auffassung, diese sei mit diesem IAFP bereits erfolgt. Wir glauben nicht, dass eine zusätzliche Priorisierung nötig wäre und werden diese Planungserklärung ebenfalls ablehnen. Und noch zur Planungserklärung 12. Dass man mit einer Planungserklärung die 42-Stunden-Woche einführen möchte, finden wir abenteuerlich. Sie erinnern sich, was damals die Änderung der Anstellungsbedingungen ausgelöst hat, und darum nehmen wir das hier als einen befremdlichen Versuch wahr. Ob der Sauberkeitsrapen im IAFP drin ist oder nicht, spielt bei einem Budget von 1.3 Mia. Franken keine Rolle. Wir sind überzeugt für diesen IAFP, die Fraktion SP/JUSO wird ihn positiv zur Kenntnis nehmen.

Einzelvotum

Zora Schneider (PdA): Zwei kurze inhaltliche Anmerkungen aus der Sicht der PdA Bern. Uns stört an diesem IAFP unter anderem, dass bei den finanzpolitischen Grundsätzen Wert darauf gelegt wird, neues Steuersubstrat anzuziehen. Es wird davon geredet, einmal mehr, die Attraktivität der Stadt Bern zu erhöhen und besonders wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Das finden wir fragwürdig in einer Stadt, aus der durch die hohen Wohnungsmieten schon jetzt Menschen mit geringem Einkommen vertrieben werden. Auch die Neuverschuldung ist bedenklich, aber wohl nötig, weil Schulhäuser, Bäder etc. seit langem nicht mehr saniert wurden. Insbesondere die 19 Mio. Franken nicht kompensierte Verluste, die die Stadt Bern durch die AHV- und Steuergeschenke des STAF wegen erleidet, finden wir extrem heftig. Wir sehen das auch als Quittung für die teilweise Zustimmung der SP Schweiz und der Bürgerlichen zur STAF-Vorlage. Die PdA wird gegen diese Verluste vor Gericht kämpfen, und auch wegen der Nichteinhaltung der Einheit der Materie. Das werden wir bis vor das Bundesgericht weiterziehen, diese Einsprache ist von der PdA Waadt bereits eingereicht worden.

Direktor FPI Michael Aebersold: Ich möchte als erstes ebenfalls danken, für die Ausführungen. Ich glaube, grossmehrheitlich wurde zur Kenntnis genommen, dass die Stadt einen guten Job macht und gut da steht und dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich möchte Luzius Theiler beruhigen: Das Projekt einer Fusion mit Nachbargemeinden und NSB22 sind gut koordiniert. Ich bin im Lenkungsausschuss auch des anderen Projekts, das ist natürlich auch Teil der Abklärungen, dazu muss man sich also keine Gedanken machen.

Es ist zwei- oder dreimal durchgeschimmert, man habe zu wenige Informationen, aber ich bin der Meinung, dass die Informationen, die Sie brauchen und die relevant sind, auch die zur Frage, wo wir stehen im Vergleich zu unseren Zielwerten, im IAFP enthalten sind. Die Schwierigkeit liegt vielleicht eher darin, dass zu viele Informationen drin stehen. Ein Beispiel dafür ist, dass der Sprecher der CVP sagt, wir seien bei einer Bruttoverschuldung von 170 Prozent. Das ist der Gesamthaushalt, den wir halt auch noch abbilden, aber wir reden hier vom allgemeinen Haushalt, für den wir diese Vorgabe von 140 Prozent haben, und die Tabelle auf Seite 36 zeigt, dass wir in den Planjahren nicht über 130 Prozent hinauskommen, dass wir uns also wesentlich verbessert haben. Und ich möchte einleitend auch noch festhalten: Letztes Jahr wurde dem Gemeinderat vorgeworfen, wir hörten Ihnen nicht zu, wir seien stur, wir merkten nicht, was abgehe. Der IAFP, den wir heute diskutieren, beinhaltet das Planjahr 2020, das auch das Budget ist. Der Gemeinderat hat das Budget 2020 verabschiedet, die Eckpunkte stehen, und jetzt werden wir die ganzen Berichte noch einmal zur Kenntnis neh-

men und Mitte Juni dann den definitiven Entscheid fällen. Dann gibt es keine Änderung mehr an den Zahlen, und am 20. Juni 2019 halten wir die Medienkonferenz ab und machen wir den Versand an den Stadtrat. Es ist uns also gar nicht möglich, zwischen heute und dem 20. Juni 2019 noch etwas zu ändern. Werfen Sie uns darum nicht vor, wir seien taub oder blind oder wir wollten einfach nicht.

Und jetzt noch etwas, von dem ich finde, das sei wirklich relevant. Im hier vorliegenden IAFP hat es ein paar big News, die es in den vergangenen fünf, sechs, sieben oder acht Jahren noch nie gab. Das eine ist dieser Überschuss von 14 Mio. Franken. Es ist ein Novum, dass man im IAFP und damit auch im Budget diese mindestens 14 Mio. Franken als Überschuss drin hat, Geld, das wir nachher für die Sonderfinanzierungen brauchen wollen. Und dann diese 30 Mio. Franken. Sie sind jahrelang in diesem Saal gesessen, und jedes Jahr 20 Mio. Franken waren keine grosse Diskussion wert. Und jetzt kommen wir mit einer Neuverschuldung von 30 Mio. Franken, und ich finde es ganz wichtig zu sagen, warum wir das machen und welches die Hintergründe sind. Diese 30 Mio. Franken haben sehr viel mit den Investitionen zu tun, das wurde gesagt. Sie erinnern sich, letzten Sonntag war eine Abstimmung: 60 Millionen für eine Schulanlage. Solche „Kisten“ beschliessen wir nicht im stillen Kämmerlein, sondern solche Entscheide werden in diesem Saal gefällt und zum grossen Teil durch das Volk, und unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass man das Ganze finanzieren kann, und das machen wir. So sind wir auf diese 130 Mio. Franken gekommen. Und von diesen 130 Mio. Franken können wir 80 Mio. Franken selber finanzieren. Eine Neuverschuldung von 30 Mio. Franken erachte ich für die kommenden zehn oder 12 Jahre als nicht problematisch, aber damit sind wir bei diesem Überschuss von 15 bis 20 Mio. Franken. Und alle die, die jetzt daherkommen und fragen, warum es denn dieses Jahr nur 14 oder 15 Millionen seien, bitte ich, bei den Investitionen schauen zu gehen: Wir planen 2020 Ausgaben von 115 Mio. Franken, haben also einen Spielraum von um die 10 Mio. Franken, und wir werden mit der Verschuldung alles im Griff haben. Das ist ganz wichtig: Diese 130 Mio. Franke finden wir richtig und nötig und sinnvoll. Und jetzt schaue ich die Sache noch von der anderen Seite her an, von den Bestellungen: 850 Mio. Franken allein für Schulanlagen, 220 Mio. Franken für Bäder und Eisanlagen. Der grösste Teil ist entschieden, bis und mit Volksentscheid, insgesamt geht es um 1.6 Mia. Franken. Das müssen wir finanzieren, und das können wir finanzieren. Die Frage ist nicht, ob diese Gelder in fünf oder acht oder in zehn Jahren anfallen, realistisch ist, dass man die Investition in der Grössenordnung von 12 Jahren erbringen muss. Und jetzt habe ich eine relativ einfache Rechnung gemacht: 1.6 Mia. Franken geteilt durch 12, macht wieder diese 130 Mio. Franken. Das ist machbar von den personellen Ressourcen her, wir haben ja entsprechend ausgebaut, und es ist auch machbar von der Finanzierbarkeit her, das können Sie alles im IAFP nachschauen. Wichtig ist aber, und da appelliere ich auch an das Parlament, in diesen riesigen Bericht jetzt nicht immer noch mehr hineinzustopfen. Mir wird schon ein bisschen mulmig, wenn ich von einer Viertelmilliarde für eine neue Museumsinsel lese, und in gewissen Köpfen geistert noch immer dieses Stadthaus herum. Bei allen Zusatzbestellungen, auch wenn es nur ein Car-Terminal ist, der vielleicht nur 8 oder 10 Mio. Franken kostet, muss man sich ganz einfach bewusst sein, dass die nicht einberechnet sind.

Und jetzt komme ich zur finanzpolitischen Situation. Es ist wirklich so, dass die Stadt Bern gut dasteht. Wir haben einen Rechnungsüberschuss, das wurde gesagt, wir haben in den vergangenen Jahren sogar Schulden abgebaut, obwohl wir einen Schuldenzuwachs prognostiziert hatten, aus dem simplen Grund, dass wir das Geld nicht ausgeben konnten. Wir haben die Spezialfinanzierung, wir haben einen Bilanzüberschuss, das wurde alles gesagt, aber es ist ganz wichtig, dass man sich dessen bewusst ist, dass das Wachstum beim Fiskalertrag im vergangenen Jahr stagniert hat. Es gibt Erklärungen dafür, Stichwort Sondereffekte, aber vielleicht haben Sie verfolgt, was in Köniz passiert: Dort ist es genau gleich, es stagniert. Das STAF schlägt bereits 2020 zu Buche, mit 8 Mio. Franken, nachher mit 25 Mio. Franken, und

weil es noch etwas zurückgibt, sind wir am Schluss bei den 19 Mio. Franken, die Peter Marbet erwähnt hat. Den Nettobeitrag an den Kanton können wir hier nicht beeinflussen, und er steigt laufend, von 2020 und 2023 um 28 Mio. Franken. Das ist ungefähr ein Steuerzehntel, und mit diesem Stichwort sind wir bei der Steuersenkungsdebatte. Für uns ist ganz klar, dass eine Steuersenkung nicht drin liegt. Um diese Debatte noch ein wenig zu entwickeln, verweise ich auf die Langfristigkeit der städtischen Finanzpolitik. Zwischen 1990 und 2000 hat man sich mit 1.7 Mia. Franken verschuldet. Man hatte einen Finanzfehlbetrag von 371 Mio. Franken angehäuft, das war die Situation Anfangs dieses Jahrtausends. 2000 bis 2010 könnte man unter dem Stichwort „Sanierung der Stadtfinanzen“ anschauen: Man hat Haushaltverbesserungspakete geschnürt und geschaut, dass man die Schulden irgendwie in den Griff bekommt und darum selbstverständlich im Bereich Sanierungen ganz einfach nichts gemacht. Das hat man schleifen lassen, und so ist man in einen Rückstand geraten. 2010 bis 2020, also wo wir jetzt sind, würde ich betiteln mit „Sanierung der Stadtfinanzen“. Es ist uns gelungen, nicht nur eine Kehrtwende zu machen, sondern wir konnten sogar Geld beiseitelegen: Wir haben diese Fonds gegründet, und mit den Geldern, mit denen wir sie speisen, können wir in Zukunft die laufenden Rechnungen entlasten. In der nächsten Periode, von 2020 bis 2030, werden wir die Altlasten sanieren und dafür eine verantwortbare Neuverschuldung in Kauf nehmen müssen – aber eben: eine verantwortbare Neuverschuldung. Wir haben jetzt 200 Mio. Franken in diesen Sonderfinanzierungen, und wie Sie wissen, möchten wir das ungefähr verdoppeln. Wenn wir das schaffen, werden wir in Zukunft die laufende Rechnung – und das ist jetzt eine Milchbüchlein-Rechnung – pro Jahr um ungefähr 20 Mio. Franken entlasten können. Da werden unsere künftigen Kolleginnen und Kollegen, die hier sitzen werden, nicht Riesensprünge machen, das ist nicht einmal ein Steuerzehntel, aber dieses Geld wird ihnen vielleicht erlauben, die Steuern nicht zu erhöhen. Davon reden wir hier. Und jetzt schaue ich noch einmal nach Köniz: Köniz steht genau dort, wo wir nicht stehen möchten. Sie haben die Steuern gesenkt, und jetzt sind sie gefangen. Ich bin überzeugt: alle, die in Köniz Politik machen, wissen, dass man eigentlich die Steuern erhöhen müsste, und gleichzeitig wollen sie kürzen: Strassenunterhalt, Reinigung von Schulhäusern, Instandhaltung von Sportanlagen. Hätte ich noch Haare auf dem Kopf, würden mir die zu Berge stehen. Was sie jetzt sparen, wird sie in 20 Jahren einholen, und so etwas wollen wir in Bern vermeiden. Das ist der Gedanke und auch die Quintessenz des IAFP, den wir Ihnen vorlegen.

Noch etwas zu den Planungserklärungen und zu den neuen Ausgaben. Es wurde bereits gesagt, bis auf Pinto haben wir die Planungserklärungen des letzten Jahres erfüllt, es kann also nicht die Rede davon sein, dass wir das Parlament nicht ernst nehmen. Wir haben insbesondere auch diese 140 Prozent über vier Jahre in unsere Grundsätze aufgenommen, vorher waren es zwei Jahre, und wir halten sie auch ein. Zu den Planungserklärungen 2019: Es ist richtig, sie gelten in diesem Jahr; Budgetsachen müssen Sie im Rahmen des Budgets bringen, und es ist klar, dass der Gemeinderat Anträge, die unsere Vorschläge reduzieren wollen, ablehnt. Kurz etwas zu ein paar der Planungserklärungen, auch wenn es Brauch ist, dass man zu den überwiesenen im Jahr darauf klar Stellung nimmt: Der Gemeinderat steht hinter seinem IAFP und hinter seinem Budget, und entsprechend lehnt er Kürzungen ab.

Und zu den neuen Aufgaben: Wir haben 15 Mio. Franken ausgewiesen, 9.5 Mio. Franken sind übergeordnet. Wer gut rechnen kann, merkt, dass 5.5 Mio. Franken verbleiben, die sich der Gemeinderat erlaubt, um politisch Akzente zu setzen. 5.5 Mio. Franken sind 0.4 Prozent eines Budgets von 1.3 Mia. Franken. Ich glaube, es ist legitim, dass wir uns als politische Behörde herausnehmen, im Rahmen unserer Möglichkeiten auch noch am einen oder anderen Ort einen politischen Schwerpunkt zu setzen.

Ich komme zu den Planungserklärungen. Zur Stellenbewirtschaftung haben wir uns schon mehr als einmal geäußert, auch zu diesen 20 Mio. Franken, die in dieser Form nicht nötig sind. Ein wenig schräg – das ist eine persönliche Feststellung – finde ich die Planungserklä-

rung zur modularen Bauweise. Eine solche Planungserklärung hat eigentlich in einem IAFP nichts zu suchen. Und vielleicht haben Sie es mitbekommen, wir sind mit einem Kredit für einen Modulbau rausgekommen. Der Gemeinderat ist am Thema dran, und die GFL hätte auch mit dem Stadtpräsidenten ein Telefongespräch führen können, und dann hätte sich die Planungserklärung 2 erübrigt. Das Thema Steueranlage habe ich bereits abgehakt, das Stellenwachstum ebenfalls. Die Vereinfachung ist etwas Wichtiges. Ich schlage vor, dass wir das im Rahmen des NSB22 anschauen, zusammen mit Ihnen, ich bin froh um Ihre Rückmeldungen, was Sinn macht und was Sie brauchen.

Und schliesslich noch zum Sauberkeitsrapen. Wir haben das als Risiko aufgeführt, und wie vieles anderes auch ist der Sauberkeitsrapen in einem Planungshorizont, in dem sich noch vieles ändern kann. Wir sind der Meinung, wir behalten das drin, und in einem Jahr werden wir sehen, wo wir damit stehen. Aber der Gemeinderat hofft selbstverständlich, dass er im Budget eingestellt werden kann.

Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit und dafür, dass Sie dem IAFP zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 1 ab. (22 Ja, 44 Nein) *Abst.Nr. 007*
2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 2 ab. (32 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 008*
3. Der Stadtrat stimmt der Planungserklärung 3 zu. (33 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen, Stichentscheid Kohli) *Abst.Nr. 009*
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 4 ab. (16 Ja, 50 Nein) *Abst.Nr. 010*
5. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 5 ab. (22 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen)
Abst.Nr. 011
6. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 6 ab. (23 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 012*
7. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 7 ab. (23 Ja, 42 Nein) *Abst.Nr. 013*
8. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 8 ab. (16 Ja, 50 Nein) *Abst.Nr. 014*
9. Der Stadtrat stimmt der Planungserklärung 9 zu. (42 Ja, 24 Nein) *Abst.Nr. 015*
10. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 10 ab. (24 Ja, 42 Nein) *Abst.Nr. 016*
11. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 11 ab. (24 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen)
Abst.Nr. 017
12. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 12 ab. (16 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen)
Abst.Nr. 018
13. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 13 ab. (16 Ja, 49 Nein) *Abst.Nr. 019*
14. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 14 ab. (16 Ja, 50 Nein) *Abst.Nr. 020*
15. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 15 ab. (24 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 021*

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

27.08.2019

X 

Signiert von: Philip Jany Kohli (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

27.08.2019

X 

Signiert von: Annamarie Masswadeh (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.05 Uhr

Vorsitzend

Präsident Philip Kohli

Anwesend

Devrim Abbasoglu-Akturan	Lionel Gaudy	Roger Mischler
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Patrizia Mordini
Katharina Altas	Hans Ulrich Gränicher	Barbara Nyffeler
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Seraina Patzen
Peter Ammann	Franziska Grossenbacher	Tabea Rai
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Rahel Ruch
Oliver Berger	Bernadette Häfliger	Marianne Schild
Thomas Berger	Erich Hess	Leena Schmitter
Henri-Charles Beuchat	Brigitte Hilty Haller	Zora Schneider
Lea Bill	Ueli Jaisli	Edith Siegenthaler
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Lena Sorg
Gabriela Blatter	Irène Jordi	Matthias Stürmer
Regula Bühlmann	Nadja Kehrli-Feldmann	Bettina Stüssi
Dolores Dana	Ingrid Kissling-Näf	Michael Sutter
Michael Daphinoff	Fuat Köçer	Luzius Theiler
Milena Daphinoff	Eva Krattiger	Regula Tschanz
Claudine Esseiva	Martin Krebs	Ayse Turgul
Vivianne Esseiva	Marieke Kruit	Johannes Wartenweiler
Angela Falk	Maurice Lindgren	Janosch Weyermann
Benno Frauchiger	Peter Marbet	Manuel C. Widmer
Barbara Freiburghaus	Melanie Mettler	Patrik Wyss
Katharina Gallizzi	Szabolcs Mihalyi	Patrick Zillig

Entschuldigt

Mohamed Abdirahim	Alexander Feuz	Anna Schmassmann
Michael Burkard	Dannie Jost	Christophe Weder
Yasemin Cevik	Nora Krummen	Lisa Witzig
Joëlle de Sépibus	Kurt Rüeegsegger	Marcel Wüthrich
Bernhard Eicher		

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
----------------	-----------------------	------------------------

Entschuldigt

Alec von Graffenried PRD	Ursula Wyss TVS
--------------------------	-----------------

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber Ratsweibel
Marianne Hartmann, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Mitteilungen des Vorsitzenden

Präsident *Philip Kohli*: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir in der Detailberatung zuerst die Direktion FPI behandeln und die Antragsliste von hinten nach vorne durchgehen.

Traktandenliste

Die Traktanden 11 und 12 werden gemeinsam behandelt.

2018.FPI.000042

8 Fortsetzung: Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023

Detailberatung

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI)

Nr.	Einreichende	Seite	PG/P- Nummer	Dienststelle/Produkt	Planungserklärung
1.	FDP/jf, SVP	63 205	660400	Logistik Bern	Auf den Ausbau von 0,2 Stellen soll verzichtet werden.

Antragstellerin *Vivianne Esseiva* (FDP): Wir möchten, dass auf den Ausbau dieser Stelle ab Planjahr 2021 verzichtet wird.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Danke für die Änderung der Reihenfolge bei der Detailberatung, aber ich bleibe trotzdem bis zum Ende der Sitzung hier, da ich den Stadtpräsidenten sowie Gemeinderatskollegin Ursula Wyss heute Abend vertrete. Zur vorliegenden Planungserklärung: Ich bitte darum, diese Stelle nicht zu streichen. Die Aufstockung ist sehr bescheiden und bei der Logistik gibt es enorm viel zu tun. Ich möchte daran erinnern, dass wir in diesem Bereich Nischenarbeitsplätze anbieten, die Stelle ist also auch unter diesem Aspekt eine gute Sache. Ich danke Ihnen, wenn Sie der Planungserklärung nicht zustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 1 (FDP/JF, SVP) ab. (10 Ja, 44 Nein) *Abst.Nr. 022*

Direktion für Tiefbau Verkehr und Stadtgrün (TVS)

Nr.	Einreichende	Seite	PG/P- Nummer	Dienststelle/Produkt	Planungserklärung
1.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	63 171	500400	Direktionsstabsdienste (light)	Ab Planjahr 2021 soll die Konsumausgabe für „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ gestrichen werden.
2.	FDP/jf, SVP,	63	510100	Tiefbauamt	Für die Gestaltung und Be-

Nr.	Einreichende	Seite	PG/P- Nummer	Dienststelle/Produkt	Planungserklärung
	BDP/CVP	174 181	520200	Stadtgrün Bern	wirtschaftung im öffentlichen Raum sind insgesamt 2 Stellen neu geplant. Auf diesen Stellenausbau soll verzichtet werden.
3.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	63 176	510300	Tiefbaumt	Auf die Konsumausgabe für die Zusatzkosten für Winterdienst auf den Velorouten von zusätzlich CHF 100 000 (Planjahr 2021), CHF 150 000 (Planjahr 2022) und CHF 200 000 (Planjahr 2023) soll verzichtet werden.
4.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	63 181	510200	Stadtgrün Bern	Auf die Konsumausgabe für den Unterhalt von Nutzungsinfrastruktur im öffentlichen Raum von zusätzlich CHF 200 000 ab Planjahr 2021 sowie die Mobile Möblierung (ab Planjahr 2022) soll verzichtet werden.
5.	SVP	186	580100	Verkehrsplanung	Die Mittel der Verkehrsplanung seien um 1/3 zu kürzen.
6.	SVP	186	580100	Verkehrsplanung	Eventualantrag zu Nr. 5: Die Mittel der Verkehrsplanung seien um 10% zu kürzen.
7.	SVP, FDP/jf	63 186	580100	Verkehrsplanung	Auf den beantragten Stellenausbau von 0,7 Stellen ist zu verzichten.

Antragstellerin *Barbara Freiburghaus* (FDP): Wie von anderen Ratsmitgliedern in der ersten Sitzung erwähnt, wurde der Stellenentwurf gegenüber dem letztjährigen Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) etwas gemildert. Zu Planungserklärung 1: Eine Aussenansicht wäre die bessere Variante als eine direktionsinterne Lösung. Abgesehen davon wäre es sinnvoller, wenn das Ganze zentral angesiedelt wäre, um die Ressourcen besser zu verteilen sowie verwaltungsinterne Bedürfnisse der ganzen Stadt abdecken zu können. Zu Planungserklärung 2: Es sind bereits jetzt 190 Stellenprozent für Pop Ups vorgesehen, das ist ausreichend. Vielleicht wäre es eine gute Idee, einen Marschhalt einzulegen und darüber nachzudenken, dass es in dieser Stadt auch Menschen gibt, die nicht auf jedem Platz und in jedem Park ein «Haligalli» wünschen, sondern sich eher der Ruhe hingeben möchten. Wir beantragen daher, die Stellen dafür nicht weiter auszubauen. Zu Planungserklärung 3: Solange keine signifikante Mehrbenützung an strengen Wintertagen vorliegt, erachten wir den Kostenpunkt des Winterdienstes nicht als notwendig. Seien wir ehrlich, bei Schnee und oftmals auch bei Regen steigen Bernerinnen und Berner, die Velo fahren, auf den öV um. Wenn die Zahlen von der Stadt endlich vorgelegt würden und man sagen könnte, dass auf den bestehenden Velohaupttrouten

auch bei solchen Verhältnissen viel mehr Leute unterwegs sind, wären wir auch offen zu prüfen, ob die Kosten für eine Räumung wirklich gerechtfertigt sind. Zu Planungserklärung 4: Da der Finanzdirektor nicht müde wird zu betonen, dass in den nächsten Jahren viele Investitionsprojekte umgesetzt werden, ist es unverantwortlich, dass im IAFP weiterhin so viele Konsumausgaben eingeplant werden. Köniz macht es vor, wie mit der Möblierung des öffentlichen Raums kostengünstig und sogar nachhaltig umgegangen werden kann. Zu Planungserklärung 7: Sie sehen in der schriftlichen Begründung unserer Planungserklärung, wie viele Aufstockungen seit dem Jahr 2014 vorgenommen wurden. Insbesondere im Jahr 2018 erfolgte eine grosse Aufstockung. Eine weitere Aufstockung um 0,7 Stellen erachten wir nicht als notwendig.

Einzelvoten

Katharina Gallizzi (GB): Beim Lesen der bürgerlichen Kürzungsanträge wurde ich den Verdacht nicht los, dass es nur darum geht, irgendwo zu sparen, und nicht um die Sache an sich. Ich habe den Eindruck, dass die Begründungen teilweise falsch sind oder dass Zusammenhänge konstruiert werden, die so nicht existieren. Wir lehnen daher sämtliche Planungserklärungen ab. Zu Planungserklärung 1: In der PVS, in welcher sämtliche einreichenden Parteien vertreten sind, wurde uns sehr deutlich erklärt, dass durch die enge Begleitung von Mitarbeitenden nach einer Krankheit oder einem Unfall die Chance erheblich erhöht wird, dass diese Menschen zeitnah und dauerhaft wieder in den Arbeitsprozess eingebunden werden können. Dies fördert nicht nur die physische und psychische Gesundheit der Mitarbeitenden, sondern spart auch Kosten, beispielsweise beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) oder bei der Sozialhilfe. Eine solche Massnahme als Konsumausgabe zu bezeichnen, erscheint mir als Hohn für die Betroffenen. Uns leuchtet ein, dass eine solche Begleitung eine gewisse Nähe zum Betrieb braucht. Es erscheint uns daher sinnvoll, dass sie bei der TVS angesiedelt wird und nicht beim städtischen Personalamt. Zu Planungserklärung 2: Diese verletzt das Prinzip der Einheit der Materie. Es werden darin zwei Stellen zusammengefasst, die nichts miteinander zu tun haben. Die Stellen haben auch nichts mit der Bespielung des öffentlichen Raums zu tun. Bei der Stelle im Tiefbauamt (TBA) geht es um die Planung und Umgestaltung von Plätzen wie beispielsweise der Schützenmatte, des Bärenplatzes, des Waisenhausplatzes oder des Helvetiaplatzes, um nur einige Beispiele zu nennen. In diesem Bereich stehen sehr viele Projekte an. Bei der Planung der Schützenmatte beispielsweise kommt man nicht voran, da die Ressourcen fehlen. Damit diese Projekte endlich vorangetrieben werden können, wird man nicht darum herum kommen, mehr Personal einzustellen. Mir ist nicht ganz klar, was diese Stelle mit der Stelle bei Stadtgrün zu tun haben soll, die in derselben Planungserklärung erwähnt wird. Stadtgrün benötigt mehr Ressourcen, da das Amt in den nächsten Jahren verschiedene zusätzliche Grünanlagen wird betreuen müssen. Ich hätte erwartet, dass auch die Bürgerlichen einsehen, dass die neuen Parks, beispielsweise derjenige an der Mutachstrasse, gepflegt werden müssen und dass es dafür Personal braucht. Anscheinend habe ich mich getäuscht. Zu Planungserklärung 4: Ich konnte nicht eruieren, woher die Zahlen kommen, insbesondere kann ich den Betrag von 200 000 Franken nicht herleiten, weshalb ich mich im Detail nicht dazu äussern kann. Nur so viel: Es geht um den Unterhalt von Infrastruktur. Aus einer grünen Perspektive ist es sehr sinnvoll, die bestehende Infrastruktur zu pflegen und zu unterhalten, damit sie möglichst lange bestehen bleibt. Das ist nicht nur für die Umwelt gut, sondern auch für das Budget. Dies müsste auch die Bürgerlichen freuen. Eine wachsende Stadt, die zusätzliche Grünanlagen erhält, benötigt auch mehr Infrastruktur. Dieses Prinzip gilt auch hier. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es im Sinne der Einreichenden ist, die Infrastruktur verlottern zu lassen. Zu Planungserklärung 3: Ich kann nur mein Votum wiederholen, das ich im letzten Jahr zum Budget hielt: Damit das Velofahren auch im Winter

attraktiv ist, müssen die Velowege möglichst schneefrei sein. Es ist dumm, Veloinfrastruktur zu bauen, die im Winter nicht genutzt werden kann, weil Schnee darauf liegt. Für uns ist es nicht prioritär, dass der Schnee sofort geräumt wird, wenn es schneit, sondern dass die Velowege effektiv vom Schnee befreit und nicht, wie jetzt, als Depotstellen benutzt werden. Wir erwarten, dass man das Ganze nochmals anschaut und eine bessere Lösung findet. Wir befürworten es, dafür die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Zur Verkehrsplanung: Die Planungserklärung 5 und 6 der SVP will ich nicht diskutieren. Solche Anträge sind gegenüber der Verwaltung nicht sehr nett. Zu Planungserklärung 7: Die Aufstockung um 0,7 Stellen begrüßen wir. Die Stadt Bern fällt im Vergleich mit anderen Städten punkto Verkehrssicherheit zurück. Es muss dringend etwas gemacht werden, damit sich die Situation ändert. Dies vor allem auch deshalb, weil die Schülerinnen- und Schülerzahlen ständig steigen und immer mehr Kinder einen sicheren Schulweg benötigen. Die Stelle wird dabei helfen, die Ziele des Stadtentwicklungskonzepts (STEK) für eine stadtverträgliche Mobilität umzusetzen. Das ist gut, denn es bringt nichts, Konzepte zu schreiben, die man nicht umsetzen kann, weil die Ressourcen dafür fehlen.

Laura Binz (SP): Ich schliesse mich dem Votum meiner Vorrednerin an. Auch wir werden alle Planungserklärungen ablehnen. Zu Planungserklärung 1: Wie schon gesagt wurde, ist die enge Begleitung von Mitarbeitenden mit gesundheitlichen Problemen, dies mit dem Ziel der Arbeitsplatzhaltung, richtig, nachhaltig und sozial. Es ist wichtig, dass man die Verhältnisse gut kennt und Möglichkeiten findet, bei den Tätigkeiten eine Anpassung vorzunehmen. Es ist daher gut, wenn diese Stelle in der TVS angesiedelt wird. Zu Planungserklärung 2 und 4: Die Gestaltung und Belebung des öffentlichen Raums ist ein wichtiges Anliegen, das von einer grossen Mehrheit der Berner Bevölkerung geteilt wird. Der öffentliche Raum ist ein zentrales Element für eine lebendige, soziale und vielfältige Stadt. Das Angebot wird zunehmend genutzt, dementsprechend steigen die Anforderungen an die Planung und Koordination sowie an die Bereitstellung der entsprechenden Möblierung, dies natürlich auch auf den Grünflächen von Stadtgrün. Das Ziel ist, dass der öffentliche Raum für alle Menschen, also auch für Kinder, ältere Personen oder Menschen mit Einschränkungen, attraktiv ist. Die geplanten Ausgaben erscheinen gerechtfertigt, dies auch deshalb, weil im Jahr 2008 diverse Aufgaben von der PRD an die TVS übertragen wurden. Zu Planungserklärung 3: Es ist klar, dass auf allen Velohaupttrouten ein entsprechender Winterdienst nötig ist, damit die Strecken auch im Winter benutzt werden können. Nur so kann das Velo auch im Winter benutzt werden. Auf den Strassen ist es selbstverständlich, dass der Winterdienst geleistet wird. Dasselbe sollte auch für die Velohaupttrouten und für die Trottoirs gelten. Zu Planungserklärung 5 bis Nr. 7: Wenn man bei der Verkehrsplanung spart, spart man am falschen Ort. Die eingeplanten Ressourcen sind im Hinblick auf die nachhaltige Mobilitätsentwicklung einer wachsenden Stadt sehr wichtig. Beispielsweise wurde in der Mobilitätsbefragung deutlich, dass es ein Problem mit der Verkehrssicherheit gibt. Hier gibt es also noch viel zu tun. Zudem sind auch einige Grossprojekte pendent. Es ist wichtig, dass die Verkehrsplanung von Anfang an involviert ist, damit entsprechend geplant werden kann. Übrigens werden in der Verkehrsplanung nicht nur Massnahmen gegen Autofahrende getroffen, sondern durchaus auch solche zugunsten des Fussverkehrs ergriffen.

Gemeinderat *Michael Aebersold* in Vertretung der Direktorin TVS: Das Gesundheitsmanagement befindet sich in meiner Direktion. Ich kann Ihnen versichern, dass die verschiedenen Personaldienste sehr eng zusammenarbeiten und dass es Aufgaben gibt, bei welchen es effektiv besser ist, wenn sie zentral erledigt werden. Gerade im Bereich Gesundheitsmanagement ist es aber sehr wichtig, dass man nahe bei den betroffenen Personen ist. Sie wissen, dass die Berufe der Abfallentsorgung und der Strassenreinigung sehr belastend sind und

dass es daher wichtig ist, eine entsprechende Vorsorge und Fürsorge zu gewährleisten. Man muss hinschauen, wenn etwas nicht funktioniert, und eine Umplatzierung sicherstellen, bevor die betroffene Person nicht mehr arbeiten kann. Wir bitten Sie daher, die Planungserklärung 1 abzulehnen. Zum Thema der Nutzung des öffentlichen Raums: Dabei handelt es sich um einen Teil unserer Politik und unserer Strategie. Auf der einen Seite haben wir die klare Vorgabe, zu verdichten und weniger Wohnraum zu brauchen. Dadurch ist man enger beieinander. Auf der anderen Seite will man den öffentlichen Raum ihn so öffnen, dass man ihn nutzen kann. In diesem Zusammenhang haben wir im vergangenen Jahr unzählige Projekte gestartet. Auch im laufenden Jahr sind weitere Projekte geplant, ich erwähne das Stichwort Helvetiaplatz. Dafür benötigen wir die entsprechenden Ressourcen, weshalb wir froh sind, wenn Sie den betreffenden Planungserklärungen nicht zustimmen. Zu Planungserklärung 3: Ich weiss nicht, wer von Ihnen im Winter Velo fährt. Wenn es schneit, wird der Schnee geräumt und auf der Velospur deponiert. Das macht es schwierig. Wir wollen das Fahren mit dem Velo fördern. Die Zunahme des Veloverkehrs zwischen den Jahren 2014 und 2017 beträgt 35%. Ich gehe davon aus, dass auch Sie feststellen, dass die Benützung des Velos im Winter abnimmt. Wir wollen aber, dass man auch im Winter mit dem Velo zur Arbeit fahren kann. Sie wissen, dass wir neue Velorouten realisiert haben, was wir bisher mit den bestehenden Ressourcen erreicht haben. Nun gibt es aber neue Velorouten, für die zusätzliche Ressourcen notwendig sind. Zur Verkehrssicherheit: Die Planung muss mit den laufenden Projekten des Bundes und der Kantone mithalten können. Die neuen Bedürfnisse müssen aufeinander abgestimmt und die Konflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsarten gelöst werden. Ein Thema ist die Schulwegsicherheit. In der Verkehrsplanung benötigen wir die zusätzlichen Ressourcen, um sie auf die Wohnbauförderung und die weiteren Projekte abstimmen zu können. Zur Möblierung des öffentlichen Raums: Es ist klar, dass es sich um eine politische Frage handelt. Wir stellen laufend weiteres Mobiliar zur Verfügung. Ich bin der Meinung, dass sich diesbezüglich Qualität auszahlt. Vorliegend geht es aber vor allem um den Unterhalt. Das Mobiliar muss im Winter weggeräumt werden. Man muss es pflegen und defekte Teile ersetzen. Dafür ist der Betrag von 200 000 Franken primär vorgesehen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat entsprechende Planungserklärungen, die überwiesen werden, nicht umsetzen möchte.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 1 (FDP/JF, SVP, BDP/CVP) ab. (16 Ja, 48 Nein)
Abst.Nr. 023
2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 2 (FDP/JF, SVP, BDP/CVP) ab. (15 Ja, 48 Nein)
Abst.Nr. 024
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 3 (FDP/JF, SVP, BDP/CVP) ab. (16 Ja, 48 Nein)
Abst.Nr. 025
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 4 (FDP/JF, SVP, BDP/CVP) ab. (15 Ja, 47 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 026*
5. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 5 (SVP) ab. (6 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 027*
6. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 6 (SVP) ab. (6 Ja, 58 Nein) *Abst.Nr. 028*
7. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 7 (SVP, FDP/JF) ab. (17 Ja, 48 Nein) *Abst.Nr. 029*

Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

<i>Nr.</i>	<i>Einreichende</i>	<i>Seite</i>	<i>PG/P- Nummer</i>	<i>Dienststelle/Produkt</i>	<i>Planungserklärung</i>
1.	SBK	131	300100	Leistungen für Politik und Verwaltungsfüh-	Die Stelle "Sozialplanung" soll um 100% aufgestockt werden.

rung (light)						
2.	SBK		142	320100	Kindergärten, Volks- und Sonderschulen	Das Konto wird pro Jahr um Fr. 150 000.- für die Aufrechterhaltung und Neuanschaffung von Anzeigegeräten in Schulzimmern (Beamer, Bildschirme, ...) aufgestockt.
A	Manuel Widmer, GFL	C.	142	320100	Schulamt	Die Bereitstellung der Schulinfrastruktur fällt in die Zuständigkeit der Gemeinden. Die bestehenden Schulhäuser der Stadt Bern müssen aufgrund ihres Alters saniert und z.T. erweitert werden und angesichts des Wachstums der Schülerzahlen müssen neue Schulhäuser (Brünnen, Goumoëns,...) gebaut werden. Die jeweiligen Schulleitungen müssen bei diesen Sanierungen und Neubauten zusätzlich zu ihrem ordentlichen Pensum zwingend und intensiv mitarbeiten. Diese Mitarbeit kann nicht durch das Schulamt oder HSB ersetzt und geleistet werden. Damit die Schulleitungen diese Arbeiten leisten und von andern Aufgaben entlastet werden können, müssen im Budget des Schulamts oder in den jeweiligen Baukrediten entsprechende Mittel eingestellt werden.
B	Manuel Widmer, GFL	C.	142	320100	Schulamt	Der Einsatz von Zivildienstleistenden an Schulen entspricht einem grossen Bedürfnis. Die entsprechenden Mittel im Schulamt sind bedarfsgerecht auszubauen.
3.	FDP/jf, SVP		62 144	320200	Schulamt	Für die Vergünstigung von Mahlzeitenpreisen nach Einkommen der Eltern sollen ab Planjahr 2020ff CHF 300 000.00 statt CHF 600 000.00 pro Jahr vorgesehen werden.
4.	FDP/jf, SVP		62 152	330400	Jugendamt	Für die Mahlzeitenvergünstigungen in den Betreuungsangeboten sollen ab Planjahr

					2020ff CHF 550 000.00 statt CHF 1 100 000.00 pro Jahr vorgesehen werden.
5.	SBK	148	P330100	Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit	Für die Organisation der Zwischennutzung im Chleehuus sollen für die involvierten Leistungsvertragspartner*innen Mittel für die Umsetzungslaufzeit eingestellt werden.
6.	SBK	150	330260	PINTO	Die Stellenaufstockung soll nicht 100 Prozent, sondern nur 50 Prozent betragen.
7.	FDP/jf, SVP	152	330400	Jugendamt	Auf die neue städtische KITA in der Umgebung Guisanplatz soll verzichtet werden.
8.	SBK	160	370100	Gesundheitsvorsorge und -beratung	Zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit von 360 Stellenprozent seien einzustellen (570 000.00).
9.	FDP/jf, SVP	62 168	390100	Kompetenzzentrum Integration	Für bedarfsgerechte Deutschkurse gemäss Schwerpunkteplan 2018-2021 sind ab Planjahr 2020 zusätzliche Mittel von CHF 250 000.00 pro Jahr vorgesehen. Auf die geplanten weiteren Erhöhungen ab Planjahr 2021 soll verzichtet werden.

Antragstellerin *Bettina Jans-Troxler* (EVP) zu den Planungserklärungen der SBK: Zu Planungserklärung 1: Diese Aufstockung war bereits für den letzten IAFP vorgesehen, wurde damals aber vom Gemeinderat gestrichen. Eine Mehrheit der SBK ist der Ansicht, dass eine zusätzliche Stelle notwendig ist, um mit den aufgestockten Ämtern Hochbau Stadt Bern (HSB) und Immobilien Stadt Bern (ISB) mithalten zu können und um die sozialen Aspekte in den vielen laufenden Planungen genügend berücksichtigen zu können. Zu Planungserklärung 2: Es geht darum, dass Reparaturen und der Ersatz von Beamern nicht mehr auf Kosten anderer Investitionen vorgenommen werden müssen. Die heutigen Beamer wurden den Schulen als einmalige Investition geschenkt. Zu beachten ist, dass auch mit dem Projekt Base4kids2 weiterhin Beamer benötigt werden, vermutlich sogar mehr als bisher. Zu Planungserklärung 5: Es geht um die Zwischennutzung im Chleehuus. Die Mehrheit der SBK ist der Meinung, dass für diese Zwischennutzung nach dem Wegzug der kirchlichen Sozialarbeit mehr Geld zur Verfügung stehen soll, damit man in diesem herausfordernden Quartier die schmerzhafteste Lücke schliessen kann. Zu Planungserklärung 6: Die Mehrheit der SBK stimmt der vorliegenden Planungserklärung zu. Es handelt sich um die Wiederholung einer Planungserklärung, die im vergangenen Jahr überwiesen, aber vom Gemeinderat nicht umgesetzt wurde. Zu Planungserklärung 8: Der Kanton macht Vorgaben, für wie viele Schülerinnen und Schüler eine Sozialarbeitsstelle gelten soll. Die Stadt Bern bewegte sich diesbezüglich bereits vor drei Jahren am unteren Rand des Spektrums. Da die Schülerzahlen steigen, wird das Verhältnis zunehmend schlechter. Eine Mehrheit der SBK möchte daher die Stellen bei der Schulsozialarbeit aufsto-

cken. Diese Planungserklärung wurde mit einem Stimmenverhältnis von 5 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 2 Enthaltungen angenommen.

Antragsteller *Manuel C. Widmer* (GFL): Planungserklärung A haben Sie vielleicht als Motion schon einmal gesehen, das Thema ist nicht neu. Es geht um die Problematik von Umbauten, Neubauten oder anderen grossen Projekten an Schulen. Es ist heute glücklicherweise normal, dass die Schulleitung in die Planung, Projektierung und Umsetzung solcher Vorhaben eingebunden wird. Dies hat aber zur Folge, dass Ressourcen von den Schulen abgezogen werden, welche diese eigentlich dringend nötig hätten. Die betroffenen Personen können sich nicht halbieren. Es geht darum, einen Weg zu finden, wie wir es schaffen, dass Schulleiterinnen und Schulleiter in solche Projekte voll eingebunden werden können. So wäre auch die Mitsprache der Lehrpersonen garantiert, da die Schulleitenden die Haltung der Lehrpersonen aus den Lehrerkonferenzen mitnehmen können. Bis anhin ist das Problem ungelöst. Meine Planungserklärung schlägt vor, dass man in Zukunft den Einbezug der Schulleitungen und die so benötigten Ressourcen bereits bei den Baukrediten berücksichtigt, damit die betroffenen Schulleitungen während eines solchen Projekts aufgestockt werden können. Bei Planungserklärung B geht es um eine Entlastung von Personen, die in Schulen oder Betreuungsinstitutionen arbeiten. Wir machen in der Stadt Bern sehr gute Erfahrungen damit, an Schulen Zivildienstleistende einzusetzen. Diesbezüglich wäre noch mehr möglich, man könnte noch mehr Leute an den Schulen so entlasten. Vermutlich gäbe es umgekehrt auch noch mehr Zivildienstleistende, die an Berner Schulen oder in Berner Betreuungsangeboten wie Tagesschulen und dergleichen arbeiten möchten. Dafür fehlt aber das Geld. Eine so billige Betreuung, wie es mit Zivildienstleistenden möglich ist, erhalten wir auf andere Weise nicht. Im Schulhaus Tscharnergut machen wir sehr gute Erfahrungen mit Zivildienstleistenden in der Tagesschule oder in den heilpädagogischen Sonderklassen (HPS-Klassen). Es wäre schön, wenn man dafür ein bisschen mehr Geld zur Verfügung hätte. Die zunehmende Belastung von Lehrpersonen und weiteren Betreuungspersonen ist ein grosses Thema. Mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden könnte man eine Entlastung bewirken, zumindest im Betreuungs- und Beaufsichtigungsteil. Abgesehen davon wäre es auch ein starkes Zeichen an den Zivildienst, wenn man signalisieren würde, dass man lieber mehr Zivildienstleistende hätte statt weniger. Sie wissen, dass der Zivildienst unter Druck steht, da wieder vermehrt Leute in die Armee geholt werden sollen. Dies könnte insbesondere in sozialen Institutionen zu massiven Problemen führen. Für den vermehrten Einsatz von Zivildienstleistenden in schulischen Institutionen benötigt man eine Finanzierungsspritze. Im Sinne der Schulen, der Lehrpersonen und der Schulleitenden bitte ich Sie, meine Planungserklärungen anzunehmen. In den letzten sechs Jahren war die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer ein Querschnittsthema in der Stadt Bern. Mit der Annahme der vorliegenden Planungserklärungen können Sie ganz konkret etwas für die Gesundheit der Schulleitenden und Lehrpersonen tun.

Antragsteller *Tom Berger* (JF): Zu Planungserklärung 3 und 4: Wir anerkennen, dass die Mehrheit des Stadtrats entschieden hat, das Instrument der Mahlzeitenvergünstigung einzuführen. Die vorliegende Planungserklärung ist sehr differenziert formuliert, indem wir unsere Bereitschaft erklären, dafür Geld zu spenden, aber nicht im vorgesehenen Umfang. Zu Planungserklärung 7: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass im Bereich Guisanplatz ein Unterangebot an Betreuungsplätzen entstehe. Offenbar sagen Bewohnende des Quartiers, dass es mühsam sei, eine Kindertagesstätte (Kita) zu finden. Wir streiten das nicht ab, aber in Artikel 22 der Gemeindeordnung (GO) ist klar festgehalten, dass es bezüglich des staatlichen Handelns Schranken gibt. Die Stadt soll nur diejenigen Leistungen erbringen, die Private nicht erbringen können. Dies ist beim Betrieb von Kitas nachweislich nicht der Fall, sie können sehr wohl von privaten Institutionen betrieben werden. Wenn die Stadt, aus welchem Grund auch

immer, den Eindruck hat, dass in einem Quartier ein Unterangebot besteht, liegt ihre Aufgabe eher darin, potenzielle private Anbieterinnen und Anbieter auf diesen Umstand aufmerksam zu machen. Zudem sollte man berücksichtigen, was im Raum Guisanplatz in den nächsten Jahren geplant ist. Es kommen unzählige neue Arbeitsplätze dazu, diejenigen der Bundesverwaltung werden ausgebaut, auch die SBB und die Post bauen aus. Wir sind überzeugt, dass man gemeinsam mit diesen Akteurinnen und Akteuren eine Lösung finden kann, damit diese Player Kita-Plätze anbieten, die aber auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, so dass die Kinder aus dem Quartier entsprechend untergebracht werden können. Es besteht absolut kein Bedarf für die Eröffnung einer weiteren städtischen Kita. Zu Planungserklärung 9: Ich weise darauf hin, dass wir mit unserer Planungserklärung einen sehr moderaten Weg einschlagen. Wir zweifeln nicht daran, dass punktuell Nachholbedarf besteht, und sind notabene bereit, eine Viertelmillion mehr auszugeben in diesem Bereich. Für uns ist aber nicht erklärbar, dass man die Mittel von einer Viertelmillion auf eine halbe Million und später nochmals um eine weitere Viertelmillion erhöhen muss, dies in einem Bereich, in welchem der Kanton Bern für die Finanzierung zuständig ist und die Stadt die Finanzierung erst übernimmt, wenn die betreffenden Personen seit sieben Jahren bei uns leben. Wenn nach sieben Jahren noch Deutschkurse notwendig sind, ist ohnehin etwas schief gelaufen. Ich erlaube mir die kritische Frage, ob es sich um eine Vorbudgetierung des zu erwartenden oder befürchteten Defizits beim Projekt Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingswesens im Kanton Bern (NA-BE) handeln könnte.

Einzelvoten

Tom Berger (JF): Manuel C. Widmer hat an diesem Rednerpult schon sehr oft Leute dafür kritisiert, dass sie Dinge sehr spät eingereicht haben. Nun muss er sich an der eigenen Nase nehmen. Für mich reichte die Zeit nicht, die Angelegenheit mit den Zivildienstleistenden nachzulesen. Eigentlich geht es um ein Thema, das wir im vergangenen Jahr in unserer Fraktion diskutierten. Wir sagten damals, dass wir grundsätzlich bereit sind, die Stellen entsprechend zu erhöhen. Ich bin nicht mehr sicher, aber ich meine mich zu erinnern, dass es damals um eine Erhöhung von vier auf acht Stellen ging. Manuel C. Widmer formuliert es nun sehr offen und verlangt, die Erhöhung dem Bedarf entsprechend vorzunehmen. Wir diskutierten in der SBK kurz darüber, dass man im IAFP im Gegensatz zum Budget solche offenen Formulierungen vornehmen kann, da genügend Ressourcen eingestellt werden sollen. Bei den Zivildienststellen gehen wir davon aus, dass mit der Erhöhung der Stellen, die wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, der nötige Schritt gemacht wurde. Bevor wir sozusagen einen Blankocheck ausstellen, die Stellen weiter zu erhöhen, müsste ein etwas fundierterer Bedürfnisnachweis vorliegen. Wir sehen es auch so wie Manuel C. Widmer, dass diese Lösung eine sehr kostengünstige Möglichkeit sein kann. Es handelt sich um sehr attraktive Modelle. Weiter wird uns sehr oft vorgeworfen, wir seien kollektiv gegen Stellenerhöhungen oder gegen Ausgaben im Bildungsbereich. Ich möchte festhalten, dass es in unserer Fraktion durchaus auch Personen gibt, die der beantragten Aufstockung bei der Schulsozialarbeit zustimmen. Einzelne Stadtratskollegen haben in der Kommission sehr gut argumentiert und einige von uns werden diesen Argumenten folgen. Wir anerkennen, dass es sich um eine präventive Massnahme handelt, die schwerwiegende Problem beheben kann, und dass das Geld an einer sehr guten, richtigen und wichtigen Stelle ausgegeben wird.

Manuel C. Widmer (GFL): Tom Berger hat absolut Recht und ich entschuldige mich für die sehr kurzfristige Einreichung meiner beiden Planungserklärungen. Wir hatten Mitte dieser Woche eine Veranstaltung mit sehr vielen Lehrerinnen und Lehrern. Den beiden Planungserklärungen liegen Anliegen zugrunde, die aus den Diskussionen mit den verschiedenen Lehr-

personen stammen. Die Planungserklärungen wurden zu spät eingereicht, aber es wäre schade gewesen, wenn wir nicht darüber gesprochen hätten. Ich wollte sie im Sinne eines Agenda-Settings erwähnt haben, da wir in diesem Jahr noch eine Budgetdebatte führen werden und auch im nächsten Jahr wieder über solche Dinge debattieren werden. Wenn es jetzt festgehalten wird, vergisst man es weniger schnell und Sie haben die Argumente schon einmal gehört.

Ursina Anderegg (GB): Wie wir in unserem Fraktionsvotum bereits erwähnten, sind der Fraktion GB/JA! in einer wachsenden und sich verdichtenden Stadt angemessene Investitionen in die soziale Infrastruktur sehr wichtig, dies nicht nur wegen des Wachstums, sondern auch deshalb, weil das sozialpolitische Umfeld sehr schwierig ist für viele Menschen in der Stadt Bern und auch im ganzen Land. Ich spreche von den kantonalen und nationalen asozialen Entwicklungen. Die Städte stehen in einer besonderen sozialpolitischen Verantwortung gegenüber armutsbetroffenen und von Armut bedrohten Menschen. Der Gemeinderat hat sich die Förderung der Chancengleichheit aller, die in der Stadt Bern leben, auf die Fahne geschrieben. Diese ist auch für uns ein sehr wichtiger Pfeiler für das Zusammenleben in der Stadt und für die Einhaltung des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Leben. Aus diesem Grund braucht es eine breite Palette von Investitionen. Diese Perspektive ist im IAFP zu wenig abgebildet. Wir werden daher die Planungserklärungen der SBK, die auf diesen Umstand abzielen, unterstützen und die Kürzungsvorschläge ablehnen. Zu Planungserklärung 1: Für uns ist es zentral, dass die soziale Perspektive genügend in die Stadtentwicklung einfließt, und zwar in die verschiedensten Prozesse und Planungen. Dies ist der Auftrag der Fachstelle «Sozialplanung». Sie bringt Fachwissen in Bauprojekte und raumplanerische Projekte ein. Bekanntlich sind momentan sehr viele Projekte pendent und es werden noch mehr dazukommen. Während bei HSB und ISB sinnvollerweise genügend Stellen für die Bewältigung dieser Projekte eingestellt werden, hält die Dotierung der Fachstelle Sozialplanung proportional nicht Schritt, und dies schon während längerer Zeit und in zunehmendem Mass. Im Moment besteht die Fachstelle aus einer einzigen Person, was in keinem Verhältnis zum geplanten Ausbau in den anderen Bereichen steht. Es ist nicht möglich, dass diese Person bei allen Projekten seriös mitarbeiten kann. Wenn wir mit der Entwicklung nicht wenigstens ein bisschen Schritt halten, wird die Perspektive der Sozialplanung zunehmend abgeschwächt. Das darf nicht geschehen. Der Vorschlag ist im Verhältnis zum Stellenausbau an anderen Orten sehr moderat. Wir bitten Sie daher, diese Planungserklärung zu unterstützen und für eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung einzustehen. Zu Planungserklärung 2: Es ist uns zwar wichtig, dass für den Unterricht genügend Ressourcen für die notwendigen Materialien zur Verfügung stehen, aber wir sind unsicher, ob es sinnvoll ist, Materialkonten der einzelnen Schulen auf diese Weise zweckgebunden aufrechtzuerhalten. Uns fehlen schlicht die Informationen dazu, ob der Bedarf bei allen Schulen gleich hoch ist. In der Kommission wurden wir informiert, dass die Zweckgebundenheit technisch vermutlich ohnehin nicht funktionieren werde, sondern dass die Betriebskredite der einzelnen Schulen erhöht werden. Diese Kredite sind eher knapp bemessen, weshalb wir der Planungserklärung 2 zustimmen. Zu Planungserklärung 3 und 4: Diese Planungserklärungen lehnen wir ab. Es braucht dringend wirksame Massnahmen, die entsprechende Debatte hat erst kürzlich stattgefunden. Es ist sehr erfreulich, dass das System der Mahlzeitenvergünstigungen angenommen wurde. Es handelt sich um ein sehr wirksames Instrument und wir gehen davon aus, dass die Beiträge so festgelegt wurden, dass sie in der Armutsbekämpfung auch effektiv wirken. Eine Kürzung dieser Beiträge ohne fachliche Begründung können wir nicht unterstützen. Zu Planungserklärung 5: Auch diese Zwischennutzung wurde im Stadtrat kürzlich bereits einmal diskutiert, nämlich in der Debatte rund um das Kleefeld-Schulhaus. Der Bedarf im Quartier wird formuliert und es ist klar, dass nach dem Wegzug der kirchlichen Sozialarbeit im Moment eine grosse Lücke an gemeinnützigen Ange-

boten besteht. Man muss schnell reagieren, weshalb der Weg über den IAFP zu begrüßen ist. Wir unterstützen die Planungserklärung der SBK, die Lücke muss möglichst rasch geschlossen werden. Es braucht Nägel mit Köpfen für eine niederschwellige Quartierarbeit. Sie kann am nachhaltigsten aufgebaut werden, wenn man für die Zwischennutzung entsprechende Mittel einstellt, damit eine Überbrückung stattfinden kann. Zu Planungserklärung 6: Diese Diskussion führten wir im vergangenen Jahr bereits einmal. Wir sind uns in der Fraktion nach wie vor nicht ganz einig, wie wir mit Projekt Pinto weitergehen wollen. Die einen sind gegen einen Ausbau, da im Auftrag an Pinto auch ein repressiver Auftrag enthalten ist, der sich beispielsweise in der Patrouillentätigkeit zeigt. Vielen von uns scheint der Ansatz einer rein aufsuchenden Sozialarbeit viel sinnvoller als Verdrängungsaufträge im öffentlichen Raum. Die anderen sehen aber den Bedarf der Aufstockung, dies auch im Zusammenhang mit dem Wachstum und der Verdichtung der Stadt und der vermehrten Nutzung des öffentlichen Raums. Wir haben bei dieser Planungserklärung daher Stimmfreigabe beschlossen. Zu Planungserklärung 7: Die Forderung erscheint uns absurd. Wir sehen keinen Grund, weshalb die Stadt nicht selber Kitas eröffnen soll, im Gegenteil. Für uns ist klar, dass es nur aus Stadtperspektive möglich ist, einen Überblick über die Angebote und die Lücken in der ganzen Stadt zu haben. Das Märchen des freien Marktes, der alles regelt, lässt sich gerade in diesem Bereich relativ rasch entkräften. Wenn man genauer hinschaut, wo wie viele Angebote und wieviel Nachfrage bestehen, sieht man, dass im Moment in Quartieren, in welchen Personen leben, die viel verdienen, ein Überschuss besteht, so beispielsweise in der Länggasse. Gewisse Quartiere werden vom freien Markt ab und zu vergessen. Wenn die Stadt Lücken sieht und sie schliessen kann, soll sie städtische Kitas eröffnen dürfen. Wir lehnen die Planungserklärung ab.

Vorsitzender *Philip Kohli*: Sie halten offenbar ein Fraktionsvotum, aber in der Detailberatung sind nur Einzelvoten im Umfang von drei Minuten erlaubt. Für Fraktionsvoten bestand in der Grundsatzdebatte Zeit und Gelegenheit.

Ursina Anderegg (GB): Wir wurden informiert, dass wir pro Planungserklärung drei Minuten und insgesamt maximal zehn Minuten pro Fraktion sprechen dürfen.

Vorsitzender *Philip Kohli*: Ihre Fraktion hat zur Direktion BSS aber keine Planungserklärungen eingereicht, weshalb Ihre Redezeit auf drei Minuten beschränkt ist. Ich komme Ihnen entgegen und gebe Ihnen noch eine Minute.

Ursina Anderegg (GB) setzt ihr Votum fort: Zu Planungserklärung 8: Die Schulsozialarbeit ist uns sehr wichtig, ihr Nutzen ist wohl nicht bestritten. Wir haben diese Planungserklärung in der Kommission ausgiebig diskutiert und die Mehrheit ist der Auffassung, dass in diesem Bereich ein Ausbau notwendig ist. Die Schülerzahlen steigen weiter, was bedeutet, dass das Angebot der Schulsozialarbeit proportional je länger je mehr schrumpft. Dazu kommt, dass die Stadt Bern im Vergleich zu anderen Städten und Kantonen ohnehin einen sehr tiefen Versorgungsgrad hat. Es gibt spannende Zahlen, die ich aus Zeitknappheit hier nicht ausführen kann. Die SBK will mit ihrer Planungserklärung erreichen, dass wir in Anbetracht des tiefen Versorgungsgrads ein wenig aufholen. Unsere Fraktion unterstützt dieses Anliegen. Für uns ist die Debatte über den IAFP der richtige Ort, um über dieses Thema zu diskutieren. Wir gehen davon aus, dass wir auch im Stadtrat eine Mitverantwortung tragen, um mittel- und langfristige Entwicklungen ins Auge zu fassen, genau hinzuschauen und Bedarf zu erkennen, den der Gemeinderat vielleicht nicht erkannt hat. Bei der Schulsozialarbeit handelt es sich um ein eher junges, aber sehr erfolgreiches Angebot. Diesem Erfolg soll Rechnung getragen werden. Es liegt in unserer Verantwortung, hier mitzuhelfen, indem wir durch Investitionen in die

Schulsozialarbeit höhere Folgekosten einsparen. Dies kommt nicht nur den SchülerInnen dieser Stadt zugut, sondern auch ihren Familien sowie den Lehrpersonen und SozialarbeiterInnen. Abgesehen davon ist ein solches Vorgehen auch im Hinblick auf einen gesunden staatlichen Haushalt sinnvoll. Es ist uns ein Rätsel, wie man dieses Anliegen aus linker Perspektive nicht mittragen kann. Wir bitten Sie, der Planungserklärung zuzustimmen.

Michael Daphinoff (CVP): Ich spreche für die Fraktion BDP/CVP. Zu Planungserklärung 1: Wenn man schaut, was diese Fachstelle macht, sieht man, dass es hauptsächlich um Grundlagen geht, nämlich um die Koordination der bauplanerischen und der sozialen Stadtentwicklung. Es wurden sehr viel dazu geschrieben und es gibt eine Stadtteilkonferenz zu diesem Thema. Wir fragen uns, ob diese Fachstelle überhaupt notwendig ist. In der Stadt Bern, und zwar sowohl in der Verwaltung als auch ausserhalb, existieren sehr viele Kommissionen und Fachstellen, die die nötigen Inputs bringen, um den sozialen Aspekt in baulichen Projekten oder in Stadtentwicklungsprojekten einzubringen. Bei der Direktion BSS sind es beispielsweise die folgenden Stellen: Die Quartierkommissionen, der Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern (TOJ), der Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK), die Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG), das Amt Familie & Quartier Stadt Bern (ehemals Jugendamt), der Rat für Senioren und Seniorinnen, das Alters- und Versicherungsamt, die Fachstelle für Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, das Kompetenzzentrum Alter und das Sozialamt. Dazu kommen folgende Stellen bei der Direktion PRD: Die Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau, das Stadtplanungsamt mit den Unterbereichen Raumentwicklung, Planung, Freiraum und Hochbau, ganz zu schweigen von vielen Stellen und Ämtern bei der Direktion TVS. Wir sind der Meinung, dass Doppelspurigkeiten vermieden werden müssen. Aus diesem Grund sind wir gegen die geplante Aufstockung und befürworten sogar eher, diese Stelle aufzuheben. Die Planungserklärung 2 unterstützen wir nicht. Die Planungserklärung B von Manuel C. Widmer unterstützen wir hingegen, der beantragte Ausbau scheint uns eine sehr gute Idee zu sein. Zu den Planungserklärung 3 und 4: Die Debatte über die Mahlzeitenpreise haben wir bereits geführt. Wir lehnen diese beiden Planungserklärungen ab. Zu Planungserklärung 5: Wir haben grundsätzlich Sympathien für dieses Anliegen, aber ohne Betrag scheint es uns schwierig, darüber zu befinden. Wir möchten keinen Blankocheck ausstellen und werden uns daher der Stimme enthalten. Übrigens ist die Formulierung «Leistungsvertragspartner*innen» an dieser Stelle etwas absurd, da es sich um juristische Personen handelt und diese kein Geschlecht haben. Planungserklärung 6 lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir die Planungserklärung 7 ab, da wir nicht einsehen, weshalb beim Guisanplatz keine Kita erstellt werden soll. Zu Planungserklärung 8: Wir bekunden Mühe damit, dass so viele Mittel neu eingestellt werden müssen. Die Direktion BSS hat ohnehin schon sehr viele Mittel zur Verfügung, diese müssen ausreichen. Zu Planungserklärung 9: Auch diese Planungserklärung lehnen wir ab. Deutschkurse erachten wir als sehr wichtig. Die Sprache ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Integration, weshalb hier nicht gespart werden sollte.

Edith Siegenthaler (SP): Auch ich halte ein kurzes Fraktionsvotum. Die Fraktion SP/JUSO hat die Anträge zur Direktion BSS ausführlich besprochen. Zu Planungserklärung 1: Wir lehnen diese Planungserklärung ab, dies nicht deshalb, weil Sozialplanung für uns nicht wichtig ist, sondern weil Sozialplanung projektbezogen realisiert werden soll und kann, wie es beispielsweise beim Viererfeld gemacht wurde, indem man eine Spezialistin für Sozialplanung beigezogen hat. Zu Planungserklärung 2: Es irritiert uns, dass dieser Antrag überhaupt gestellt werden muss. Wir würden von der zuständigen Gemeinderätin erwarten, dass sie mit einer seriösen Planung dafür sorgt, dass sich die Schulen bei der Anschaffung nicht zwischen Beamern und Schulmaterial entscheiden müssen. Wir unterstützen diese Planungserklärung

mehrheitlich und erwarten vom Gemeinderat, dass er die Gelder, die für eine funktionierende Infrastruktur an den Schulen notwendig sind, seriös budgetiert und im IAFP einstellt. Zu den Planungserklärung 3 und 4: Dass wir die unsozialen Vorschläge der FDP und der SVP zur Abschaffung der Mahlzeitenvergünstigung ablehnen, ist selbstverständlich. Es erscheint uns stossend, dass solche Anträge gestellt werden, nachdem in diesem Rat diesbezüglich vor wenigen Wochen Debatten mit einem klaren Ergebnis geführt wurden. Zu Planungserklärung 5: Dieser Planungserklärung irritiert uns. Zu diesem Anliegen existieren mehrere Vorstösse, die im Stadtrat teilweise auch schon behandelt wurden. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er seine Kompetenzen nutzt und dass er dazu in der Lage ist, die nötigen Gelder selbständig einzuplanen, ohne dass der Stadtrat weitere Gelder in den IAFP packen muss. Zu Planungserklärung 6: Den Kürzungsantrag bezüglich Pinto lehnen wir ab. Für uns ist klar, dass Pinto wertvolle Vermittlungsarbeit leistet, gerade auch im städtischen Raum, der stark genutzt wird. Zu Planungserklärung 7: Auch diese Planungserklärung lehnen wir ab. Wir erachten es als Aufgabe des Service Public und damit als Aufgabe der öffentlichen Hand, dafür zu sorgen, dass genügend Kita-Plätze angeboten werden. Zu Planungserklärung 8: Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Wir sind der Meinung, dass es unbedingt genug Schulsozialarbeit braucht. Aus diesem Grund werden einige von uns diese Planungserklärung unterstützen. Andererseits sind wir der Meinung, dass die Frage, wie viel Schulsozialarbeit notwendig ist, nicht im Rahmen der IAFP-Debatte geklärt werden sollte, sondern entweder in einer ordentlichen Debatte im Rahmen eines Vorstosses oder indem sich die zuständige Gemeinderätin darum kümmert und selbst einen entsprechenden Antrag stellt, sofern sie es als notwendig erachtet. Zu Planungserklärung 9: Diese Planungserklärung lehnen wir ab. Für die Integration sind genügend und gute Deutschkurse unentbehrlich. Wenn man diese Mittel streicht, spart man absolut nichts, denn diejenigen, die die Deutschkurse benötigen, verschwinden deshalb nicht, wie es sich gewisse Antragsteller vielleicht erhoffen.

Tom Berger (JF): Ich bin es gewohnt, dass unsere Anträge keine Chance haben, aber ich möchte festhalten, dass ich mich an den Begründungen störe, die vorgebracht werden. Nein, wir wollen die Deutschkurse nicht streichen. Auch wir anerkennen, dass es dafür gewisse Mittel braucht, die Viertelmillion ist unbestritten. Wir stellen lediglich die Frage, wer das bezahlt. Für unsere Fraktion ist klar, dass der Kanton zuständig ist und nicht die Stadt. Mehr haben wir dazu nicht gesagt. Niemand von uns hofft, dass die betroffenen Personen verschwinden, der geäusserte Vorwurf ist grenzwertig. Weiter wurde gesagt, wir hätten eben erst über das Thema der Mahlzeitenvergünstigungen abgestimmt. Genau so funktioniert doch das Modell. Wir haben nichts anderes gemacht, als die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen. Über die Ressourcen, die dazu eingestellt werden sollen, haben wir noch nicht gesprochen. Bei der Debatte über die gesetzliche Grundlage wurde uns notabene sogar gesagt, dass wir die Diskussion über die Ressourcen im Rahmen der IAFP-Debatte führen sollen. Genau das haben wir heute gemacht und es ist unser gutes Recht. Wir bemühen uns, differenzierte Anträge zu schreiben. Ich bitte Sie, sich ebenfalls Mühe zu geben, unsere Anträge richtig zu lesen und differenziert abzulehnen. Wir streichen keine Gelder, sondern wir belassen fast eine Million Franken drin, weil wir anerkennen, dass man dieses Geld benötigt. Das ist ein meilenweiter Unterschied zu Ihrer Unterstellung. Zu den Kitas: Es gibt kein schwarz und weiss. Es existiert kein neoliberaler Grosskapitalismus, in welchem kleine Kinder in Kitas vertilgt werden. Ob der Breitenrain ein Quartier eher für Reiche oder eher für Arme ist und wie der Wohnraum rund um den Guisanplatz aussieht, könnte man sehr wohl diskutieren. Der Kita-Markt ist schon heute stark reguliert und das zu Recht. Wir haben beispielsweise ein System von Betreuungsgutscheinen, das meilenweit davon entfernt ist, die Ärmsten der Gesellschaft ihrem Schicksal zu überlassen. Uns wird vorgeworfen, wir hätten unsere Planungserklärungen nicht begründet. Ich wiederhole, dass in unserer Gemeindeordnung steht, dass

die Stadt nur das erbringen soll, was Private nicht leisten können. Die Fakten sagen klar und deutlich, dass Private eine Kita betreiben können, ohne dass darin Kinder zugrunde gehen und sozial verarmen. Der Staat muss die Anreize richtig setzen. Dies hat er mit dem System der Betreuungsgutscheine richtig gemacht. An der Einführung dieser Gutscheine waren wir massgeblich beteiligt. Ich bitte Sie, das Ganze ein wenig differenzierter zu betrachten und uns nicht Dinge zu unterstellen, die wir weder gefordert noch beantragt oder gedacht haben.

Edith Siegenthaler (SP): Ich hätte gern besser differenziert. Das Problem liegt darin, dass ich für mein Votum nur drei Minuten Zeit hatte.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher:* Ich nehme zu denjenigen Kürzungsanträgen Stellung, die dem IAFP-Vorschlag des Gemeinderats entgegenstehen. Zu den übrigen Planungserklärungen äussere ich mich nicht. Zu Planungserklärung 3 und 4: Es ist richtig, dass wir in der Kommission so wie dargelegt diskutiert haben. Wenn man mit der Summe nicht einverstanden ist, gibt es die Möglichkeit, sich in der IAFP-Debatte dazu zu äussern. In meinen Augen wäre es schade, die Gelder zu kürzen. Die Vorlage, die wir miteinander diskutierten, hat zwei Ziele: Einerseits geht es darum, die Chancengerechtigkeit bei den Kindern zu fördern und insbesondere im Bereich der Frühförderung anzusetzen. Möglichst viele Kinder sollen in die Kita gehen können. Wir wissen, dass die Tarife bei den Mahlzeiten mit neun Franken sehr hoch sind. Andererseits geht es darum, die Gleichstellung zwischen Mann und Frau umzusetzen. Heutzutage wollen viele Frauen arbeiten. Wir sind daher überzeugt, dass es gut ist, den unteren Mittelstand mit einer Senkung um drei Franken zu entlasten. Wenn die Gelder heute gekürzt werden, erachte ich es als meine Pflicht, vor allem bei den Armutsbetroffenen und denjenigen, die gar nichts haben, anzusetzen. Dies hätte zur Folge, dass der Mittelstand, gemeint sind diejenigen, die ein massgebliches Einkommen von bis zu 70 000 Franken erzielen, weniger unterstützt werden kann. Ich würde das bedauern, es wäre ein schlechtes politisches Zeichen für die Gleichstellung. Zu Planungserklärung 7: Ich vermute, dass die FDP etwas nicht ganz verstanden hat. Vor fünf Jahren fand die Abstimmung bezüglich der Betreuungsgutscheine statt. Dabei handelte es sich nicht um eine Abstimmung zur Abschaffung der städtischen Kitas. Es ging um gleich lange Spiesse für alle. Diese funktionieren heute mit der Spezialfinanzierung. Ich bin der Meinung, dass das System mit den privaten und den städtischen Kitas gut funktioniert, aber auch die städtischen Kitas müssen mit dieser Spezialfinanzierung wirtschaftliche Erträge generieren können. Das heisst, dass sie eine bestimmte Grösse haben müssen, damit sich die Investitionen lohnen. Die Argumentation, es handle sich um eine private Aufgabe und die städtischen Kitas sollten sich nicht entwickeln dürfen, ist mir fremd. Gleich lange Spiesse bedeutet, eine Entwicklung auch bei den städtischen Kitas zuzulassen, insbesondere in einem Raum, in welchem wir im Moment eine Unterversorgung haben und in welchem viele Leute einen Kita-Platz haben möchten. Zu Planungserklärung 9: Auch bei dieser Planungserklärung habe ich den Eindruck, dass die FDP einem Irrtum erlegen ist. Es geht nicht um Menschen aus dem Flüchtlings- und Asylbereich, sondern es geht um diejenigen Personen, die bei uns leben und keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch den Kanton haben. Es geht um Menschen, deren Deutschkenntnisse zu schlecht sind, um sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das sind beispielsweise Frauen, die mit ihrem Mann in die Schweiz gekommen sind und zu den Kindern geschaut haben. Sie haben noch nicht Fuss gefasst bei uns und möchten nun wieder arbeiten. Dafür sind Deutschkenntnisse zwingend notwendig, wir haben vielerorts relativ hohe Anforderungen an die Sprachkenntnis. Solchen Menschen kann man auf diese Weise eine Perspektive bieten. Ein anderes Beispiel ist eine Person, die schon mehrere Jahre in der Schweiz lebt und arbeitet, beispielsweise im Gastgewerbe, die im Ausland aber eine höhere Ausbildung abgeschlossen hat. Aufgrund des Fachkräftemangels könnte man diese Person für eine viel anspruchsvollere Arbeit einsetzen, aber

es hapert bei der Sprache. Deutschkurse erachte ich daher als ein sehr zielführendes Instrument. Wir wollen alle Leute unterstützen, die Deutsch lernen möchten. Mit dem vorliegenden Kredit wollen wir Leute mit kleinem Einkommen unterstützen, die sich Deutschkurse selbst nicht leisten können. Wenn man die Arbeitsintegration ernst nimmt, muss man dem Kredit zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 1 (SBK) ab. (14 Ja, 46 Nein, 5 Enthalten)
Abst.Nr. 030
2. Der Stadtrat stimmt der Planungserklärung 2 (SBK) zu. (47 Ja, 17 Nein, 1 Enthalten)
Abst.Nr. 031
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung A (Widmer) ab. (20 Ja, 43 Nein, 2 Enthalten)
Abst.Nr. 032
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung B (Widmer) ab. (24 Ja, 28 Nein, 14 Enthalten)
Abst.Nr. 033
5. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 3 (FDP/JF, SVP) ab. (14 Ja, 52 Nein) *Abst.Nr. 034*
6. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 4 (FDP/JF, SVP) ab. (14 Ja, 52 Nein) *Abst.Nr. 035*
7. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 5 (SBK) ab. (15 Ja, 50 Nein, 1 Enthalten)
Abst.Nr. 036
8. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 6 (SBK) ab. (19 Ja, 41 Nein, 6 Enthalten)
Abst.Nr. 037
9. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 7 (FDP/JF, SVP) ab.
(15 Ja, 44 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 038*
10. Der Stadtrat stimmt der Planungserklärung 8 (SBK) zu. (34 Ja, 21 Nein, 11 Enthalten)
Abst.Nr. 039
11. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 9 (FDP/JF, SVP) ab. (15 Ja, 51 Nein) *Abst.Nr. 040*

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

<i>Nr.</i>	<i>Einreichende</i>	<i>Seite</i>	<i>PG/P- Nummer</i>	<i>Dienststelle/Produkt</i>	<i>Planungserklärung</i>
1.	FDP/jf, SVP	61 110	220100	Amt für Umweltschutz	Ab PJ2021 soll die Konsumausgabe für „Nachhaltige Ernährung in der Stadt Bern“ gestrichen werden.

Antragstellerin *Vivianne Esseiva* (FDP): Im IAFP werden Mittel eingestellt für eine nachhaltige Ernährung in der Stadt Bern. Nachhaltige Ernährung ist zwar etwas sehr wichtiges, aber es handelt sich dabei nicht um eine Aufgabe der Stadt. Es geht um eine Konsumausgabe, die wir nicht unterstützen. Wir beantragen, die entsprechenden Mittel nicht zu sprechen.

Franziska Grossenbacher (GB): Wenn es um das Essen in den Kitas geht, herrscht im Stadtrat immer ein sehr grosser Konsens darüber, dass es gesund sein und regional hergestellt werden muss. Wenn es aber um die Kulinata geht, bei welcher Themen wie nachhaltige Ernährung, regionale Kreisläufe und Foodwaste im Zentrum stehen, ist das vielen nicht genehm. Wir lehnen die vorliegende Planungserklärung ab und unterstützen die Bestrebungen der SUE, ein regionales Netzwerk aufzubauen, das mit der Idee eines sogenannten Ernährungsrats verbunden ist. Allerdings gäbe es in der SUE noch viele weitere Themen, die man mit demselben Eifer anpacken sollte, denn es geht nicht nur um nachhaltige Ernährung, sondern

ganz allgemein um den Klima- und Ressourcenschutz. Bei diesem Thema muss man dringend entschlossener voranschreiten.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich bitte Sie, die Planungserklärung abzulehnen. Bei der letztjährigen Kulinata haben wir Erfahrungen gesammelt. Es handelt sich um einen guten Event. Wir wollen die lokalen Produzenten verstärkt zusammenschliessen und ihren Absatz in der Stadt Bern fördern. Wir stellen Internet-Plattformen auf die Beine und dergleichen mehr. Das Ganze kommt dem Gewerbe und dem Tourismus zugute.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 1 (FDP/JF, SVP) ab. (12 Ja, 48 Nein, 1 Enthalten).

Abst.Nr. 041

Gemeinde und Behörden (GuB)/Präsidialdirektion (PRD)

<i>Nr.</i>	<i>Einreichende</i>	<i>Seite</i>	<i>PG/P- Nummer</i>	<i>Dienststel- le/Produkt</i>	<i>Planungserklärung</i>
1.	FDP/jf	61, 85	010000	Stadtrat (light)	Es ist keine Erhöhung der Sitzungsgelder einzuplanen.
2.	SVP	97	110000	Kulturför- derung	Auf das geplante Wachstum der Kulturför- derung von 7% sei zu verzichten.
3.	Alexander Feuz, SVP; Tabea Rai, AL; Hans- Ulrich Gräni- cher, SVP; Luzius Thei- ler, GaP	97	110000 110020	Kulturför- derung	Zuhanden der Produktegruppenbudgets 2020 bis 2023 seien - vornehmlich aus den Töpfen 5. 10 bis 5. 14 der direkten Förderung - die nötigen Mittel vorzusehen, damit die beiden letzten alteingesessenen Kellerbühnen Puppentheater und Narren- packtheater erhalten bleiben sowie weite- ren bestehenden und neuen Bühnen Chancen zur Weiterführung der Tradition der Kellerlokale in der Altstadt eröffnet werden.
4.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	99	120000	Denkmal- pflege	Auf die geplante Erhöhung um 0.5 Stellen soll verzichtet werden.
5.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	100	130100	Aussen- beziehun- gen und Statistik	Auf die geplante Erhöhung um CHF 20 000 ab Planjahr 2021 ist zu verzichten.
6.	FDP/jf, SVP, BDP/CVP	61, 105	170500	Stadtpla- nungsamt	Auf den gestaffelten Stellenausbau im Planungsamt (STEK 2016) soll verzichtet werden.

Antragstellerin *Vivianne Esseiva* (FDP): Zu Planungserklärung 1: Selbstverständlich ist unser Einsatz im Stadtrat wichtig, aber in einer Zeit, in welcher wir wissen, dass viele Investitionen anfallen werden, erscheint es uns nicht richtig, wenn sich das Stadtparlament mehr Geld zuschiebt. Wir beantragen daher, die Sitzungsgelder nicht zu erhöhen.

Vorsitzender *Philip Kohli*: Ich bitte um mehr Ruhe im Saal. Bitte führen Sie private Gespräche draussen in der Halle.

Vivianne Esseiva (FDP) setzt ihr Votum fort: Zu den Planungserklärung 4, 5 und 6: Die Bestrebungen im Bereich der Denkmalpflege können mit den vorhandenen Mitteln vorgenommen werden, eine Erhöhung ist nicht notwendig. Planungserklärung 5 haben wir lange diskutiert. Es gibt sehr etablierte Quartierorganisationen, die für die Durchführung der Quartieranlässe zuständig sind. Ab dem Planjahr 2020/21 sollte man auf eine Erhöhung verzichten, da es um einen Bereich geht, der bereits sehr gut funktioniert. Die Forderung von Planungserklärung 6 haben wir schon im vergangenen Jahr vorgebracht. Es geht um die schleichenden Stellenerhöhungen aufgrund des STEK. Wir bitten den Gemeinderat, auf diese Stellenerhöhungen zu verzichten.

Antragsteller *Luzius Theiler* (GaP) zu Planungserklärung 3: Einigen von Ihnen wird unsere Planungserklärung sehr bekannt vorkommen. Sie lag in ähnlicher Form schon einmal auf dem Tisch, als wir das Kulturförderungsprogramm 2020-2023 behandelten. Damals kam es bekanntlich zu einer Auseinandersetzung, weil der Ratspräsident und das Ratsbüro die Planungserklärung nicht behandeln wollten. Auch ein Ordnungsantrag, darüber abzustimmen, wurde als unzulässig erklärt. Das Ganze befindet sich im Moment beim Regierungsstatthalter, der Entscheid wird vermutlich noch eine Weile auf sich warten lassen. Wir haben die betreffende Planungserklärung daher nochmals auf den Tisch gebracht, wie uns angeraten wurde. In Anbetracht der prekären Situation der beiden verbliebenen Altstadttheater haben wir mit diesem Vorgehen viel Zeit verloren. Gemäss meinem Informationsstand existieren keine verbindlichen Versprechen für eine Übergangsregelung im laufenden Jahr. Ich hoffe, ich täusche mich diesbezüglich. Bezüglich der Periode 2020-2023 wurden die Theater vertröstet, indem man ihnen in Aussicht stellte, dass sie später noch Gesuche einreichen könnten. Die Schlussfolgerung lautet, dass es notwendig ist, dass man von Seiten der Politik und des Stadtrats immer wieder darauf hinweist und die erforderlichen Anstösse gibt, damit die Theater erhalten bleiben. Ich weise darauf hin, dass es sich um die beiden letzten noch bestehenden Zeugen einer grossen Tradition von Kellerbühnen in der Altstadt handelt. Ich erinnere mich, dass es ursprünglich ungefähr derer sechs waren. Diesen beiden letzten Theatern wurde der Festkredit gestrichen, weshalb sie sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Ich bitte Sie, unsere Planungserklärung zu unterstützen.

Ursina Anderegg (GB): Die Fraktion GB/JA! lehnt alle Planungserklärungen ausser der Nr. 3 ab. Zu Planungserklärung 1: Es stimmt, dass wir diesen Punkt noch nicht debattiert haben. Dass die geplante Erhöhung trotzdem schon im IAFP eingestellt wird, erscheint uns sinnvoll. Beim IAFP handelt es sich um ein Planungsinstrument und der Entscheid wird in einem Jahr voraussichtlich gefällt sein. Wenn der Entscheid negativ ist, fällt dieser Posten weg und das Geld wird nicht ausgegeben. Dagegen kann wohl niemand etwas haben. Zu Planungserklärung 2: Das Anliegen kommt daher wie die alte Fasnacht. Die Debatte wurde geführt und es ergibt absolut keinen Sinn, nochmals darüber zu diskutieren. Wir lehnen diese Planungserklärung ab. Zu Planungserklärung 3: Dieser Planungserklärung stimmen wir zu. Wir hätten gern im Rahmen der Kulturdebatte konkrete Lösungen gefunden, wie es auch Luzius Theiler soeben dargelegt hat. Das war aus formellen Gründen leider nicht möglich. Es ist dringend nötig, dass die Zwecke der vielen gemeinderätlichen Kredite geklärt und konkrete Lösungen für beide Theater gefunden werden. Wir wollen endlich eine Verbindlichkeit von Seiten des Gemeinderats haben. Gleichzeitig möchten wir betonen, dass auch andere Häuser in der Altstadt ein Anrecht auf Gelder aus diesen Krediten haben, also auch diejenigen, die nicht so laut bellen wie die beiden Theater, über die wir nun sprechen. Zu Planungserklärung 5: Wir lehnen die beantragte Kürzung ab. Die Quartiere und die Quartierarbeit werden je länger je wichtiger in unserer Stadt. Es ist sehr wichtig, dass ein möglichst hoher Partizipationsgrad

ermöglicht wird. Es muss also von allen Seiten darauf hingearbeitet werden, weshalb es uns sinnvoll erscheint, dafür einen, im Übrigen sehr moderaten, Betrag einzustellen. Zu Planungserklärung 6: Wir haben unsere Haltung im Fraktionsvotum ausführlich erläutert. Wir stehen hinter der Strategie bezüglich Wachstum und Verdichtung der Stadt und hinter dem STEK 2016. Es ist daher nur logisch, dass genau diese Stellen notwendig sind, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Die Argumentation, dass dieser Bereich in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum stehe, ist nicht stichhaltig. Es geht darum, dass die Stellen dort eingesetzt werden, wo sie auch wirklich benötigt werden, und nicht darum, zu versuchen, das Bevölkerungswachstum flächendeckend und proportional in der ganzen Verwaltung abzubilden. Eine solche Argumentation ergibt für uns absolut keinen Sinn. Wir lehnen diese Planungserklärung daher ab.

Gemeinderat *Michael Aebersold* in Vertretung des Stadtpräsidenten: Die Kulturdebatte wurde in diesem Rat sehr intensiv geführt. Wir haben die Leistungsverträge verabschiedet. Es war immer wieder ein Wunsch des Parlaments, vor allem auch für die direkte Kulturförderung mehr Geld zur Verfügung zu haben. Ich gehe davon aus, dass Sie Kenntnis davon haben, dass am Wochenende fast 90% der Kulturverträge mit den grossen Institutionen angenommen wurden. Kultur ist also wichtig und wir wollen sie entsprechend fördern und nicht die Gelder kürzen. Zu Planungserklärung 3: Der Stadtpräsident hat Ihnen gegenüber bereits zugesichert, dass man Lösungen sucht. Ich kann nicht beurteilen, ob es sich um die richtigen Fonds handelt, da diese doch eher für Investitionen in die Infrastruktur vorgesehen sind. Aus diesem Grund möchte ich mich dazu nicht detailliert äussern. Zu Planungserklärung 4: In den Bereichen Stadtplanung und Hochbau haben wir Stellen geschaffen, hier läuft sehr viel. Es ist wichtig, dass die Denkmalpflege bei diesen Entwicklungen mithalten kann. Dies betrifft auch private Planungen und Bauten, es ist sehr wichtig, dass die Dossiers nicht beim Denkmalschutz liegenbleiben, sondern dass man die Situation frühzeitig klärt. Auch die Mitarbeitenden von ISB bestätigen, dass es richtig und wichtig ist, dass der Denkmalschutz so früh wie möglich beigezogen wird, damit man nicht am Ende böse Überraschungen erlebt. Dementsprechend ist es notwendig, den Stellenbedarf nachzujustieren. Zu Planungserklärung 5: Das Ganze hat Tradition, wir sind eine Stadt der Beteiligung. Wir wollen unsere Bemühungen verstärken und sind der Meinung, dass die Erhöhung gerechtfertigt ist. Zu Planungserklärung 6: Es ist richtig, dass dieser Stellenausbau massiv ist. Es wird aber nicht alles im nächsten Jahr stattfinden, sondern der Ausbau soll nach und nach erfolgen und erst Ende 2023 umgesetzt sein. Begründet wird der Ausbau mit dem STEK und allen laufenden Projekten. Wir betrachten das Ganze kritisch, sind aber der Meinung, dass es notwendig ist, dass die Stadtplanung so ausgestattet wird, dass die laufenden Projekte umgesetzt werden können.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 1 (FDP/JF) ab. (7 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 042*
2. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 2 (SVP) ab. (7 Ja, 53 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 043*
3. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 3 (Feuz, SVP / Rai, AL / Gränicher, SVP, Theiler, GaP) ab. (24 Ja, 36 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 044*
4. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 4 (FDP/JF, SVP, BDP/CVP) ab. (17 Ja, 40 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 045*
5. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 5 (FDP/JF, SVP, BDP/CVP) ab. (17 Ja, 44 Nein) *Abst.Nr. 046*
6. Der Stadtrat lehnt die Planungserklärung 6 (FDP/JF, SVP, BDP/CVP) ab. (16 Ja, 44 Nein) *Abst.Nr. 047*

7. Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2020–2023. (31 Ja, 14 Nein, 16 Enthalten) *Abst.Nr. 048*

2019.SR.000095

9 Dringliche Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP): Nicht Einhaltung von Verfügungen des Regierungsstatthalters durch die Reitschule. Verstösse gegen das GGG

- Das Quorum für die Diskussion wird nicht erreicht. (15 Ja, 44 Nein) -

Interpellant *Henri-Charles Beuchat* (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort, die erhellend ist. Allerdings ist es seltsam, dass der Gemeinderat von schützenswerten Personendaten spricht und sagt, die Voraussetzungen für die Bekanntgabe dieser Daten seien nicht gegeben. Ich habe ja nur nach der Anzahl der Anzeigen gefragt und nicht nach Details zu den betroffenen Personen. Ich werde diese Frage nochmals stellen. Offenbar wird das Sicherheitspersonal der Reitschule nicht kontrolliert, sondern es handelt sich um eine Selbstdeklaration. Auch das ist erhellend und eine richtiggehende Farce. Meine Fragen wurden teilweise zu meiner Zufriedenheit beantwortet, teilweise aber auch grottenschlecht.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2019.SR.000094

10 Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GaP): Wie gedenkt der Gemeinderat die städtebauliche Qualität bei der Neugestaltung des Bubenbergplatzes sicherzustellen?

- Das Quorum für die Diskussion wird nicht erreicht. (16 Ja, 36 Nein, 2 Enthalten) -

Interpellant *Luzius Theiler* (GaP): Es ist bedauerlich, dass die Mehrheit des Stadtrats über ein solches städtebauliches Werk, das Bern in den nächsten Jahrzehnten prägen wird, nicht diskutieren will.

Vorsitzender *Philip Kohli*: Ich bitte erneut um Ruhe im Saal, sonst verstehe ich die Sprechenden nicht.

Luzius Theiler (GaP) setzt sein Votum fort: Das Bauwerk ist wichtig als Kulturerbe. Ich erinnere daran, dass ein Gutachten der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege existiert. Darin wird der Gebäudekomplex Bubenbergplatz 8 bis 12 als sehr schlecht beurteilt, ich zitiere: «Ein störendes Objekt, ein Rastergebäude mit brutal durchgezogener Terrasse». Bei der Hälfte des Gebäudes ist man nun starklar, die andere Hälfte wird nach dem Muster des alten Gebäudes wieder aufgebaut. Ich hoffe, dass man es etwas besser machen wird, immerhin ist ein bekanntes Berner Architekturbüro damit beauftragt. Wahrscheinlich hatten sie entsprechende Vorgaben. Das Ganze ist sehr unerfreulich. Der Gemeinderat schreibt, dies sei nicht Bestandteil der Mitwirkung gewesen. Gerade um diesen Punkt geht es mir. Ich kritisiere im ersten Satz meiner dringlichen Interpellation, dass der Gemeinderat die städtebauliche Be-

deutung der Neugestaltung ignoriert. Offenbar gilt für den Stadtrat dasselbe, auch er ignoriert diese Bedeutung. Das ist schade und macht mich traurig. Mit der Antwort des Gemeinderats bin ich nicht zufrieden.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden.

- Die Traktanden 11 und 12 werden gemeinsam behandelt. -

2016.SR.000169

11 Motion Fraktion SP (Peter Marbet/Michael Sutter): Weyermannshaus: Mehr Qualität im Aussenraum I - Schaffen eines Quartierzentrums

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären
Bern, 15. Februar 2017

Motionär *Peter Marbet* (SP): Ich bin ein wenig überrascht, dass diese Vorstösse bestritten sind. Sie betreffen den Perimeter Weyermannshaus, ein Gebiet also, das hinsichtlich des Städtebaus äusserst dynamisch ist. In diesem Bereich gibt es unzählige Projekte, die das Quartier nachhaltig verändern werden. Zum einen denke ich an die grosse Wohnüberbauung an der Murtenstrasse 143, die bereits realisiert ist. Das nächste Projekt, das sogenannte ARK, an der Murtenstrasse 147 hat bereits begonnen. Daneben gibt es ein grosses Projekt für den Campus der Berner Fachhochschule. Im angrenzenden Gebiet wird ewb vermutlich den neuen Hauptsitz errichten. Weiter wird mit der Meienegg-Siedlung eine grosse Wohnbau-erneuerung stattfinden. Diese Aufzählung ist bei weitem nicht abschliessend. Bei den vorliegenden Motionen geht es darum, dass in einem solchen Gebiet auch ein Quartierzentrum realisiert werden muss, mit oder ohne Denker, oder dass ein Grünraum zur Verfügung gestellt werden muss. Bei Traktandum 12 geht es insbesondere um die Thematik des Stadtbachs. Dieser Bach verläuft relativ tief unter der Oberfläche. Wir wollen, dass untersucht wird, ob eine gewisse Öffnung möglich ist und die Querung von Fuss- und Radwegen verbessert werden kann. Diese Arbeiten sollen mit der Sanierung des Freibads Weyermannshaus koordiniert werden. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Gemeinderat *Reto Nause* in Vertretung des Stadtpräsidenten: Der Stadtpräsident vertritt die Stadt Bern am Swiss Economic Forum (SEF), weshalb ich zu den vorliegenden Motionen Stellung nehme. Der Gemeinderat nimmt beide Vorstösse an und ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich. (53 Ja, 4 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 051*

2016.SR.000170

12 Motion Fraktion SP (Peter Marbet/Michael Sutter, SP): Weyermannshaus: Mehr Qualität im Aussenraum II – Schaffen des Grünraums Stadtbach

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 15. Februar 2017

Diskussion siehe Traktandum 11.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich. (49 Ja, 8 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 052*

Traktandenliste

Die Traktanden 13 und 14 werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Luzius Theiler (GaP): Vernehmlassung über die Subventionierung des Flughafens: Ist der Gemeinderat bereit, die weitere Unterstützung der Fliegerei klar abzulehnen?
2. Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Mehrkosten Bernmobil aufgrund Reduktion Geschwindigkeit auf Hauptverkehrsachsen
3. Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Franziska Grossenbacher, GB): Zufussgehen fördern durch einen Masterplan Fussverkehr
4. Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Genug ist genug! Die Stadt darf sich nicht länger von kriminellen Aktivisten in Geiselhaft nehmen lassen!
5. Interpellation Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP): Krawalle bei der Reitschule
6. Interpellation Thomas Glauser (SVP): Griffige Massnahmen zum Schutz vor politisch motivierter Gewalt

andere Eingänge

- Änderung des Stadtratsreglements nach Artikel 82 des Stadtratsreglements
Fraktionen SP/JUSO, GB/JA! (Leena Schmitter, GB/Johannes Wartenweiler, SP)
Die Wahl des Stadtratspräsidiums braucht das qualifizierte Mehr

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

27.08.2019

X 

Signiert von: Philip Jany Kohli (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

27.08.2019

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Qualified Signature)